



Dat Pöggskén

ZEITUNG DER GRÜNEN TELGTE & WESTBEVERN

Guten Tag, liebe Leserin und lieber Leser!

Ostern ist vorbei und wir gehen nicht nur in die warme Jahreszeit, sondern auch in eine neue und spannende Phase der Politik in Telgte.

Wenn Sie sich dat Pöggskén ansehen, stellen Sie fest, dass wir in dieser Ausgabe fast nur auf unsere Stadt schauen. Das bedeutet aber keineswegs, dass um uns herum nichts passiert. Ganz im Gegenteil, ist die Agenda in Telgte klar geprägt von dem, was äußere Umstände von uns verlangen. Wohnraum ist ein großes Thema, Bildung, und wir sehen, dass wir uns auf sich verändernde klimatische Verhältnisse anpassen müssen. Telgte wächst in einer Zeit des Umbruchs und wir müssen dem gerecht werden, ohne den Charakter unserer großartigen Kleinstadt zu verlieren.

Vieles muss neu gedacht werden und wird sich verändern. Das bedeutet nicht, dass das bisherige falsch war, sondern dass wir auf dem aufbauen können, was wir haben. Veränderung hat es immer gegeben und wird es auch weiterhin geben. Werfen wir also einen Blick in die Zukunft und stellen wir unsere Stadt mit Augenmaß und entschlossen so auf, dass wir auch in 20 Jahren auf dem aufbauen können, was wir haben.

Ihre und Eure
Pöggskénredaktion



Nicht-die-EmsPhi auf dem Weg

Politik bringt Haus der Musik und Begegnung einen Schritt weiter

„Ein Musikschulgebäude haben wir doch in Telgte gar nicht“, hörte ich neulich eine Mutter zu einer anderen sagen. „Doch, doch“ mischte ich mich ein. „Das „Haus der Musik“, an der Mühle, an der Ems.“ Nachdem ich erstmal ausholen

musste, um genau zu erklären, welches Gebäude ich nun meinte, musste ich mir eingestehen, dass dieses kleine schnuckelige Häuschen am Wasserfall kaum für Außenstehende als Hauptsitz der Musikschule erkennbar ist. Auch ich hatte erst jetzt, beim

dritten Kind, überhaupt einen Fuß in das Gebäude gesetzt. Nicht, weil meine anderen Kinder die Musikschule nicht besuchten, sondern weil ihre Musikunterrichtsstunden an anderen Orten als „im Haus der Musik“ stattgefunden ha-

ben - mal in den Räumen der Don-Bosco-Schule, mal in unterschiedlichen ...

Mehr lesen auf Seite 10

Haushalt verabschiedet

Keine Überraschungen nach der Sitzung des Finanzausschusses.

In seiner Sitzung am 9. März hat der Rat den Haushalt 2023 mit den Stimmen der Grünen, der FDP und der SPD verabschiedet und auf den Weg gebracht. Der Jahresetat von über 50 Millionen Euro ist der größte Haushalt, der in Telgte jemals

beschlossen wurde. Nötig ist dies aufgrund der hohen Investitionen im Schulbereich und die Unterbringung von Schutzsuchenden aus der Ukraine.

Mit dem Beschluss folgte der Rat der Empfehlung des Finanzausschusses und es gab auch

keine nachträglichen Anträge, was sonst durchaus üblich ist. Besonders erfreulich für die Grünen ist, dass alle Anträge der Grünen Fraktion, wenn auch zum Teil in leicht veränderter Version, im Haushalt untergebracht wurden.

Karin Horstmann und Klaus Resnischek, die Fraktionsvorsitzenden von FDP und SPD hatten in ihre ...

Mehr lesen auf Seite 8

Liebe Telgterinnen und Telgter,

die Welt ist aus den Fugen und neben allen anderen Herausforderungen und Bauprojekten für Schulen, Kitas, Feuerwehr oder für die Aufnahme von Geflüchteten plant die Stadt Telgte noch ein „Haus der Musik und Begegnung“. Das ist doch verrückt, oder? Ist das denn nötig, gibt es nichts Wichtigeres?

Sehen wir es mal anders: Unsere städtische Musikschule ist ein wichtiger Ort, um ein Instrument zu erlernen, um gemeinsam zu musizieren und zu singen, letztlich um die Liebe zur Musik zu wecken und zu bilden. Die Musikschule prägt das Kulturleben unserer Stadt in ganz erheblichem Maße, sie strahlt nach außen und macht durch das musikalische Miteinander Schülerinnen und Schüler – ganz gleich ob Kinder, Jugendliche oder Erwachsene – stark und zuversichtlich.

Die Nutzung der Unterrichtsräume in den Schulen der Stadt ist begrenzt, weil Schule heute andere Raumbedarfe hat, und das heutige „Haus der Musik“ ist eine Zumutung für die Lehrkräfte und den Musikunterricht dort. Das bedeutet, dass es schon längst Handlungsbedarf gibt.

Und der Rat hat sich mit seinen Beschlüssen für ein neues „Haus der Musik und Begegnung“ ab Ende 2021 mutig auf den Weg gemacht, um ein adäquates Gebäude am bestehenden Standort zu errichten. Der zu diesem Zweck durchgeführte Architekturwettbewerb, für den sich über 200 (!) Planungsbüros beworben hatten, hat mit dem Entwurf des Architekturbüros Winkelmann-Matzken aus Bocholt zu einem wirklich guten und überzeugenden ersten Preis geführt, der nun weiter durchgeplant wird.

Hinzu kommt der glückliche Umstand, dass die Stadt Telgte aus der Städtebauförderung einen Zuschuss von 70 Prozent erwarten darf, wenn dem Förderantrag stattgegeben wird. Dies entscheidet sich voraussichtlich im Frühjahr 2024 – und bis dahin ist noch viel Arbeit zu tun. Der Rat hat am 28. März für das weitere Planungsverfahren grünes Licht gegeben. Das ist ein gutes Signal für ein wirklich gutes Projekt.

Trotzdem darf nicht verschwiegen werden, dass es noch Risiken und Unwägbarkeiten gibt: Die Baukosten steigen, enge Fristen müssen eingehalten werden, die Förderung ist noch nicht bewilligt, der Bebauungsplan muss geändert werden, es braucht anschließend eine Baugenehmigung und vieles mehr. All das lohnt sich aber für ein künftiges „Haus der Musik und Begegnung“ – denn auch wenn



die Welt manchmal aus den Fugen zu sein scheint, müssen Kultur und Begegnung in unserer Gesellschaft in der Stadt Telgte ihren Platz und ihre hohe Bedeutung erhalten.

Ihr

Wolfgang Peters

Der Regionalplan wird neu aufgestellt



Entwicklungsflächen sind braun (Wohnbau) und grau (Gewerbe) schräg schraffiert

Noch wichtiger als langweilig ist der hoheitliche Akt zur Neufassung der Regionalpläne in Nordrhein-Westfalen. Die Regionalpläne legen die Entwicklungsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden fest. Sie sind eine der wesentlichen Grundlagen bei der Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbeflächen für die kommenden Jahre. Die Entwürfe befinden sich derzeit in der Auslegung, bis zum 30. September kann sie jede*r bei der Bezirksregierung oder im Internet einsehen und Stellungnahmen abgeben. Am Ende wird der Regionalplan Teil des Landesentwicklungsplanes, der vom Parlament in Düsseldorf beschlossen wird. Der Regionalplan ist also Teil eines Gesetzes.

Telgte findet sich natürlich im Entwurf für den Regierungsbezirk Münster, im Blatt Warendorf 1.

Neu ist, dass sowohl Eigenschaftsgebiete für die Windkraft ausgewiesen werden, wie auch Gebiete für Flächen-PV-Anlagen. Die haben aber keine ausschließende Wirkung für die anderen Flächen, was bei den

früheren Windvorranggebieten so war, sie bringen nur eine Privilegierung mit sich, was die Genehmigungsverfahren vereinfacht.

Für die räumliche Entwicklung Telgtes sind bis 2045 im Entwurf 22 ha Entwicklungsflächen für Wohnbau und 41 ha für Gewerbe vorgesehen. Das sind riesige Flächen und der Grund dafür, dass in den Haushaltsverhandlungen beschlossen wurde, das Stadtentwicklungskonzept jetzt doch auf den Weg zu bringen. Wir müssen systematisch und faktenbasiert darüber nachdenken, wie weit Telgte noch wachsen soll.

Westbevern und Vadrup sind im Entwurf nicht als „allgemeine Siedlungsfläche“ ausgewiesen, weil beide Teile für sich nicht die erforderliche Größe von 2.500 Einwohner*innen erreichen. Das bedeutet, dass dort auch keine Flächen für eine weitere Entwicklung vorgesehen sind, was im Rat zu Diskussionen führen dürfte.

Wir bleiben am Ball und berichten, wie es weiter geht.

g. k.

PÖGGSCAST
Der grüne Talk aus Telgte

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

poeggscast.de

Wohnraum schaffen – jetzt!

Die grüne Fraktion hat sich im Rahmen der Haushaltsberatungen deutlich für einen umfangreicheren und schnelleren Bau von Wohnungen eingesetzt. Unser Antrag an die Verwaltung, umgehend Häuser mit insgesamt mindestens acht Wohnungen zu planen und zu errichten, wurde angenommen. Die Anzahl der von der Stadt erbauten oder angemieteten Wohnungen ist unzureichend, nicht zuletzt durch die Zuzüge geflüchteter Menschen, die selbst mit einer Bleibeperspektive nicht in öffentlich verfügbaren Wohnraum wechseln können. Der Krieg in der Ukraine hat das Problem wieder verschärft. Es gibt einfach zu wenig verfügbare und bezahlbare Wohnungen, das merken alle, die in Telgte eine Wohnung suchen.

Wir halten Wohncontaineranlagen für eine kurzfristig notwendige, aber ebenso teure wie auch dauerhaft nicht adäquate Lösung. Sie erschweren eine Integration und den Start in ein selbstbestimmtes Leben.

Die Stadt Telgte ist verpflichtet, eine menschenwürdige Unterbringung für die Schutzsuchenden zu organisieren. Je eher es gelingt, hier dauerhaft angemessene Lösungen zu finden, desto schneller werden auch die derzeit belegte Mehrzweckhalle in Westbevern sowie die Turnhalle

wieder dem Schul- und Vereinssport zur Verfügung stehen.

Wir möchten dabei alle Optionen und dabei Nutzungskombinationen in die Planung einzubeziehen, wie z.B. die Verbindung von Kita und Wohngebäude in Telgte-Süd. Erfahrungen aus anderen Kommunen

wie Holzständermodulen sowie Gebäudeerweiterungen sollen in Überlegungen einbezogen werden.

Wir sind der Ansicht, dass in Telgte – einer kleinen Kommune mit fast keinen Leerständen – nur konkrete Aktivitäten Wohnraum schaffen können,

ein neue Stelle bei der Stadt zur Wohnraumförderung könnte hier wenig ausrichten.

Bei allem Bemühen – die Verwaltung ja schon lange intensiv und umfassend aktiv – muss deutlich gesagt werden, dass die landes- und bundespolitische Unterstützung und Maßnahmen längst nicht ausreichend sind, um die Kommunen bei der Beschaffung von Wohnraum zu unterstützen. Dies ist ja kein spezifisches Telgter Problem. Ein kritischer Selbstblick gehört ehrlicherweise aber auch zu den Lösungsansätzen: Die Zahl der Quadratmeter, die viele von uns selbstverständlich und dauerhaft beanspruchen, ist in den letzten Jahrzehnten so angestiegen, dass es wohl kaum möglich sein wird, diesen Standard für alle in Zukunft zu ermöglichen, ohne weitere Quadratkilometer zu versiegeln – mit den damit verbundenen negativen Folgen für Klima und Artenschutz.



Container sind eine teure Nottlösung, Foto: T. Scharfe

k.m.

Bürokratische Luftnummer abgelehnt

Die CDU hat zu den Haushaltsberatungen 2023 beantragt, eine Stelle für eine*n Wohnraumförder*in zu schaffen. Als Argumentation wurde angeführt, dass innerhalb der Verwaltung die Wohnraumförderung keine klare Zuständigkeit habe und auf viele Schultern verteilt sei. Eine klare Ansprechperson sollte, so die Idee der CDU, Wohnraum schaffen und leerstehende Immobilien Wohnzwecken zuführen. Eine

solche Stelle hätte den städtischen Haushalt ca. 80.000 Euro im Jahr gekostet. Grüne und FDP haben den Antrag abgelehnt, womit dieser keine Mehrheit fand. Nach unserer Überzeugung hätte ein*e Wohnraumförderer*in nicht wirklich Wohnraum geschaffen. Die Leerstandsquote in Telgte liegt unter einem Prozent, ist damit verschwindend gering. Bei den wenigen leerstehenden Immobilien gibt es oftmals Gründe,

warum diese nicht am Markt zur Verfügung stehen. Seien es ungeklärte Erbschaftsverhältnisse, Streitigkeiten, Pfändungen oder einfach Bevorratung. Hier würde auch ein*e Wohnraumförderer*in keine Chancen haben, diese Objekte einer Wohnnutzung zuzuführen. Auch die brach liegenden aber bebaubaren Grundstücke im Innenbereich stehen ja aus bestimmten Gründen unbebaut dar. Auch hier sind oftmals eine

Bevorratung für die Zukunft oder potenzielle Betriebserweiterungen oder Spekulationen die Ursache. Auch hier würde kein zusätzlicher Wohnraum geschaffen.

Wir Grüne wollen lieber wirklichen Wohnraum schaffen, der auch noch mit Sozialbindung für die Mehrheit der Bevölkerung bezahlbar ist. Daher haben wir beantragt, umgehend Häuser mit insgesamt mindestens acht Wohnungen zu planen

und zu errichten, wir unterstützen auch die Bestrebungen der Stadtregion zur Schaffung einer interkommunalen Wohnungsbau-Gesellschaft und wollen über die Grundsteuer C steuern, lesen Sie dazu gerne auch die weiteren Artikel in diesem Pöggskén.

m.h.

Neue Grundsteuer gegen Bodenspekulation

Mit der Grundsteuerreform wird zum Jahr 2025 auch die Grundsteuer C wieder eingeführt. Juristisch verkürzt dargestellt, gibt diese den Kommunen die Möglichkeit, bebaubare, aber bisher unbebaute Grundstücke gesondert zu besteuern. Es gibt für die Einführung einer solchen Steuer einige Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, so muss etwa die Stadt einen

erhöhten Bedarf an Wohn- und Arbeitsstätten nachweisen. Das ist in Telgte zumindest momentan gegeben!

Mit der Grundsteuer C möchte der Bundesgesetzgeber den Kommunen eine Möglichkeit zur Baulandmobilisierung geben. Durch eine hohe Steuer auf bebaubare Grundstücke kann Spekulationen und Bevorratung entgegengewirkt werden.

Die Grundsteuer C kann daher auch ein taugliches Instrument zu mehr Nachverdichtung sein.

Es bleibt abzuwarten, ob die Telgter Politik die Grundsteuer C zum Jahr 2025 als Instrument zur Wohnraumschaffung ziehen wird. Wir Grüne haben zur Grundsteuer C bisher noch keine Position festgelegt.

m.h.



Wem gehört der Marktplatz?

Über diese Frage machen sich nicht nur Bürger*innen in Telgte seit mehr als dreißig Jahren Gedanken. Bis in die achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts war der Autofahrer um die 50 derjenige, der glaubte, er brächte mit seinem Auto ‚Leben in die Stadt‘. Natürlich sah damals der Marktplatz voller aus, wenn dort ein Dutzend Autos fuhren, als wenn dort zwölf Fußgänger*innen und zwölf Radfahrende unterwegs waren. Seither hat sich viel geändert. Ein Versuch in den 90er Jahren, die Verkehrsberuhigung in Telgtes Altstadt aufzuheben, scheiterte an einem Bürger*innenbegehren. Im Jahr 2021 wurden Anregungen an den Rat der Stadt Telgte herangetragen, die sich für einen komplett autofreien Marktplatz einsetzten. Bekanntermaßen kann man derzeit, aus Richtung Warendorf oder Alverskirchen kommend, hinter der Volksbank links abbiegen, über Ritterstraße oder Voßhof und Bahnhofstraße nach links in den Markt einbiegen und über die Münsterstraße stadtauswärts fahren. Kommt man aus der Domstadt, lässt sich die Altstadt über die Königstraße Richtung Süden, Osten und Nordosten durchfahren. Was

passiert, wenn der Marktplatz komplett autofrei wird? Für zu Fuß Gehende und Radfahrende brechen (verkehrsbe)ruhig(t)e Zeiten an. Eis, Kaffee und Kuchen, Apfelsaftschorle, chillen und sich unterhalten wie auf dem Piazza del Campo in Siena oder der Plaza de las Tendillas in Cordoba. Die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt wird verbessert. Wie schaut's mit der

Verkehrslenkung für die KfZ aus? Dazu gibt es Überlegungen der Stadtverwaltung, über die im Bau- und Planungsausschuss sowie im Rat der Stadt entschieden werden soll. Und dabei ist einiges zu berücksichtigen. Die Verwaltung spricht sich dafür aus, dass ein Verkehrsversuch ‚Autofreier Marktplatz‘ durchgeführt wird. Ein Planungsbüro aus Dortmund hat im Septem-

ber 2022 Verkehrszählungen mittels Kameraüberwachung vorgenommen. Was ist für die Lenkung des Autoverkehrs zu berücksichtigen? Dabei geht es um Lieferverkehr und Anlieger*innen. Ein verkehrliches Zusatzzeichen ‚Anwohner*innen frei‘ gibt es nicht. Wenn die Münsterstraße zwischen Markt und Schleifstiege autofrei wird, entfallen dort sechs

Parkplätze und ein Parkplatz für Schwerbehinderte. Die Bahnhofstraße Richtung Markt wird ab Königstraße eine Sackgasse. Anwohner*innen bekämen Schwierigkeiten, ihr Grundstück anzufahren. Die Einbahnstraßenrichtung auf der Königstraße wird zwischen Bahnhofstraße und Münsterstraße umgekehrt. Was heißt das? Ich komme mit dem Auto aus Warendorf, befahre die Königstraße, biege links in die Bahnhofstraße ab und fahre weiter Richtung Münster. Aus Münster kommend, fahre ich auf der Königstraße in Richtung Altstadt, biege rechts in die Bahnhofstraße ein und fahre über die Ritter- oder Grabenstraße in Richtung Telgte-Süd, Alverskirchen, Ostbevern, Warendorf.

Und dann gibt es noch aktuelle Unwägbarkeiten. An der Münsterstraße 1 und am Anfang der Steinstraße erfolgen im Sommer dieses Jahres Gebäudeabriss und hernach die Errichtung von Neubauten. Soll der Verkehrsversuch ‚Autofreier Marktplatz‘ parallel zu den Sperren durchgeführt werden, die sich daraus ergeben, oder besser erst ab 2024?



Die Pöller könnten weg, die Fahrbahn müsste als Rettungsweg frei bleiben, Foto: B. Drestomark

b.d.

Neue Chancen für neuen Wohnraum

Der Wohnungsmangel in Telgte hat sich in den letzten Jahren immer weiter verschärft und inzwischen dramatische Ausmaße angenommen: Die Leerstandsquote ist auf inzwischen kaum noch messbare ein Prozent gesunken, die wenigen verfügbaren Wohnungen sind in der Regel für die meisten Wohnungssuchende kaum noch bezahlbar. Zwei Phänomene verstärken dabei die Situation:

- Bebaubare Grundstücke werden dem Markt vorenthalten und

- Bauvorhaben werden aufgrund steigender Baukosten und sinkender Renditen zurückgestellt oder ganz aufgegeben.

Für beide dieser Phänomene gibt es jedoch jetzt hoffnungsvolle Maßnahmen und

Initiativen, die insbesondere den weniger zahlungskräftigen Mieterinnen und Mietern zugutekommen.

Die Baulandmobilisierungs-VO NRW enthält Vereinfachungen für die Erstellung von Wohnungen in Städten. Hierzu zählt die Ausweitung des kommunalen Vorkaufsrechts - etwa bei sogenannten „Schrottimobilien“, die Erweiterung des Baugebots sowie mögliche Abweichungen von bestehenden Bebauungsplänen. Diese bereits 2021 beschlossenen Änderungen des Baugesetzbuches sind jetzt in NRW für Städte mit besonderer Problemlage umgesetzt worden. Zu diesen Städten gehört auch Telgte.

Eine weitere Maßnahme betrifft die öffentliche Förderung von Wohnraum. Hier sind die Förderrichtlinien so verbessert worden, dass zurzeit die Errich-

tung geförderter Wohnungen eine höhere Rendite erzielt als frei finanzierte Wohnungen. Das führt dazu, dass zukünftig sowohl die technischen als auch finanziellen Mittel verstärkt dem sozialen Wohnungsbau zufließen werden.

In diesem Kontext besonders zu beachten ist die Initiative der Stadtregion Münster zur Gründung einer interkommunalen Wohnungsbau-Gesellschaft. In dieser Gesellschaft wollen die Städte der Stadtregion Münster - neben Münster die Kommunen Altenberge, Drensteinfurt, Everswinkel, Havixbeck, Ostbevern, Senden, Sendenhorst und Telgte - den sozialen Wohnungsbau gemeinsam voranbringen. Da für die kleineren Städte und Gemeinden eine solche Gesellschaft nicht wirtschaftlich sinnvoll zu betreiben ist, soll durch die Bündelung der

insbesondere administrativen Aufgaben eine tragfähige Basis geschaffen werden.

Kommunale Wohnungsbau-Gesellschaften bewirtschafteten bis in die 1990er Jahre große Bestände sozial geförderter Wohnungen. Im Zuge einer Privatisierungswelle wurden diese im großen Stil an private Investoren verkauft, was einen starken Rückgang von Sozial-

wohnungen zur Folge hatte und immer noch hat. Inzwischen gibt es vermehrt Bemühungen, diesen Fehler wieder zu korrigieren und neue Wohnungsbau-Gesellschaft zu gründen.

Wir werden im Pöggskén weiterhin über den Stand der Initiative der Stadtregion berichten.

p.s.



Die Gaststätte mit großem Biergarten direkt am Emsauenweg!

Inh. Fam. Brandes
Emsstraße 25 – Tel. 0 25 04/66 00
oder 01 71/6 92 34 90

Kaminzimmer
bis 30 Personen
Di.-Fr. 17.00-1.00 Uhr
Sonn- + feiertags
ab 11.00 Uhr
Frühschoppen
Montag Ruhetag

Ortsdurchfahrt Westbevern und (k)ein Ende?

Worauf alle im Dorf schon lange gewartet haben: es gibt einen ersten Diskussionsvorschlag, wie die Verkehrssituation in Westbevern verbessert werden kann. Er bewegt sich in dem schmalen Rahmen zwischen technischer Machbarkeit, den Wünschen vor Ort und dem, was Straßen NRW zulässt.

Im Einzelnen: Entlang der Grevener Straße soll vom Mühlenkamp bis zu Ortsausgang nach Telgte die Radwegsituation verbessert werden. Teilweise, z. B. vor dem Friedhof, soll dazu das Hochbord (auch Bürgersteig genannt) verbreitert

werden, teilweise, z. B. vor der neuen Feuerwehr, soll es einen Neubau geben. Die Kreuzung Lengericher Straße soll mit einer Ampelanlage versehen werden, die separate Schaltungen für Fußgänger vorsieht. Die Ampeln sollen so weit zurückgesetzt werden, dass den LKW mehr Raum zum Abbiegen bleibt.

Größter Baustein ist die Erweiterung der Kreuzung. Aus Richtung Greven soll es eine Abbiegespur zur Lengericher Straße geben. Um das realisieren zu können, müssten zwei Häuser an der Grevener Straße abgerissen werden und

die Bushaltestelle vor dem Pfarrheim umgebaut werden. Glücklicherweise ist das Projekt Kreisverkehr, das kürzlich noch diskutiert wurde, vom Tisch. Die Stadt hat die Planungsideen in einer öffentlichen Veranstaltung im Dorf präsentiert. Rund hundert Interessierte nahmen teil und diskutierten lebhaft. Dass dabei nicht alle einer Meinung waren, versteht sich von selbst. Verengung der Fahrbahn, Einrichtung einer Mautstrecke, LKW-Fahrverbot etc. wurden wieder gefordert, seien aber laut Straßen NRW nicht möglich. Bei Straßen NRW hat man

manchmal den Eindruck, dass eigentlich das Dorf den Verkehr stört und nicht der Verkehr das Dorf. Am Ende der Veranstaltung hat Bürgermeister Wolfgang Pieper die Teilnehmer*innen an der Veranstaltung um ein Meinungsbild zu den drei Hauptelementen der Planung gebeten. Allgemeinen Anklang fanden die Radwegeplanungen, auch wenn manche gerne mehr gehabt hätten. So wurde angesprochen, ob man die Sicherheit der Radfahrer nicht durch das Verkehrszeichen VS 277.1, das das Überholen von Radfahrern verbietet, verbessern könne. Das

aber lässt der Kreis nicht zu. Geteilt war die Meinung zu der Ampel, da Rückstaus und mehr Lärm befürchtet wurden. Die Verbreiterung der Kreuzung lehnte eine eindeutige Mehrheit ab. Es sei der völlig falsche Ansatz, das Dorf LKW-gerechter zu machen und damit noch mehr Autos anzulocken. Vielmehr sollte das Ziel sein, so viel Verkehr aus dem Dorf herauszuhalten. Es ist zu hoffen, dass sich diese Ansicht auch in den endgültigen Planungen widerspiegelt.

c.g.

Wohnen im Garten

Möglichkeit zur Nachverdichtung

Im Januar hat der Bau- und Planungsausschuss den Weg freigemacht: bald können in der Kolpingsiedlung neue Häuser entstehen.

Als dort die ursprünglichen Grundstücke zugeschnitten wurden war es noch üblich, im Garten Gemüse und Obst anzubauen. Dementsprechend sind hinter den Häusern große Freiflächen; zur Zeit ist jedoch privater Gemüseanbau (noch?) kein großes Thema. Bei einigen Anwohnern entstand daher der Wunsch, diese Flächen für eine Bebauung zu nutzen. Dem hat die Politik jetzt Rechnung getragen, nachdem die Stadt alle

betroffenen Eigentümer befragt hat. An Klatenbergweg, Brefeldweg und Kolpingweg können in den hinteren Grundstücksflächen neue Ein- oder Zweifamilienhäuser entstehen. Maximal zweigeschossige Bebauung mit Satteldach ist zulässig. Um den Verlust an Grünflächen etwas zu kompensieren, müssen Garagen- und Carportdächer begrünt werden, Schottergärten sind nicht zugelassen. Ein Problem besteht darin, dass es keine neuen Erschließungsstraßen gibt; die neu entstehenden Häuser müssen über die Vordergrundstücke erschlossen werden. Damit keine Missverständnisse

aufkommen: niemand wird gezwungen, eine Hinterhofbebauung zuzulassen. Aber das Projekt bietet die Möglichkeit, Wohneigentum zu erwerben, ohne dass im Außenbereich neue landwirtschaftliche Flächen in Anspruch genommen werden. Nicht überall wird das möglich sein, aber zur Entlastung des prekären Wohnungsmarktes in Telgte sollten auch weitere Flächen daraufhin untersucht werden, ob eine Nachverdichtung denkbar ist.

c.g.



Nachverdichtung könnte den Wohnungsmarkt entlasten
Foto: T. Scharfe

Gute Nacht, Nachtbus

Schleichend und kaum bemerkt verabschiedete sich die Nachtbuslinie N22 mit dem Jahreswechsel aus dem Fahrplan. Künftig gibt es in den Wochenendnächten keine Busverbindung mehr von Telgte nach Warendorf und Beelen. Zum einen die geringe Nachfrage (im Schnitt eine Person pro Fahrt) und der Mangel an Busfahrer*innen haben der Linie den Stecker gezogen.

Gleichzeitig wurde, wegen Personalmangels, die Nachtbuslinie N2 in der Nacht von Freitag auf Samstag eingestellt. Nur noch Sonntagmorgens kommen Nachteulen um 1:15

Uhr und 3:35 Uhr mit dem Bus daher noch von Münster nach Telgte und Westbevern und Vadrup. Die sinkende Nachfrage ist sicher auch der gestiegenen Attraktivität der Zugverbindungen um 1:17 Uhr von Münster nach Telgte oder 1:03 Uhr nach Westbevern geschuldet. Vielleicht werden diese Linien ja noch eine Stunde nach hinten ausgeweitet, die Warendorfer Politik hat dazu zumindest einen Prüfauftrag erteilt, um auch nachts an das Oberzentrum Münster angeschlossen zu bleiben.

m.h.

GEIGEN SIE UNS IHRE MEINUNG
schreiben sie an

datpoeeggskén@gruene-telgte.de
oder

Bündnis 90 /Die Grünen
Ortsverband Telgte
Postfach 116
48283 Telgte

nagut.. ist ein cello!

Ivasive Neophyten



28.3.-Bahnhof Münster, zwischen Gleis 3 und 4 - Schmetterlingsflieder angekommen!

Ein Schmetterlingsflieder bildet an nur einem Blütenstand (15 cm Länge) bis zu 50.000 Samen aus, die ca. 40 Jahre im Boden keimfähig bleiben.

Ich glaube, es war 2019, als mich eine gute Bekannte recht aufgebracht auf die zunehmende Zahl von invasiven Neophyten auf Telgter Stadtgebiet aufmerksam machte. Sie fragte mich eindringlich, was die Stadt Telgte denn gedenkt, dagegen zu unternehmen. Ich muss zugeben, dass ich ihr nichts antworten konnte. Und dennoch freute ich mich in gewisser Weise über diese Kritik, denn damit wurde mir klar, dass ich nicht allein bin mit dieser Wahrnehmung und Sorge. Aber was meinen wir eigentlich und was ist unser Problem? Hier mein Versuch, dies möglichst verständlich zu erklären:

Invasive Neophyten sind Pflanzen, die ursprünglich in unserer Gegend nicht natürlich vorkommen würden. Entweder wurden sie durch uns Menschen hier eingeführt- häufig als Zierpflanzen in Gärten kultiviert, oder eingeschleppt- also ohne Absicht über verschiedene Handelswege angesiedelt. Nicht selten stammen sie sogar aus botanischen Sammlungen oder von leidenschaftlichen Pflanzenliebhaber*innen und gelangten irgendwie aus deren eingeschränkten Arealen, also den Gärten, nach draußen in unsere Natur... und überleb-

ten. Nicht zu unterschätzen ist hier die Verbreitung durch die illegale Entsorgung von Gartenabfällen in unserer Landschaft, an Waldrändern und Wegen. Dass diese Gäste bei uns überleben konnten, hat verschiedene Ursachen. Die Klimakrise mit der einhergehenden globalen Erwärmung ist meiner Meinung nach hierbei eher zweitrangig. Die erfolgreiche Verbreitung der neuen Pflanzenarten wäre auch kein Problem, wenn sie deutlich langsamer geschehen würde... innerhalb von Jahrtausenden etwa. Dann hätte unsere Fauna, und speziell unsere Insekten, vielleicht sogar die Chance, sich an die Neulinge zu gewöhnen und durch Mutationen einander anzupassen. Es gibt ein Wort dafür, wenn sich Arten wie Schlüssel und Schloss zueinander verhalten: Koevolution – gemeinsame Entwicklung. Das bedeutet aber gleichzeitig, voneinander abhängig zu werden, durch die gegenseitige Spezialisierung. So geschehen innerhalb von Jahrtausenden bei den meisten unserer Insekten und ihren (Futter-)Pflanzen. Das Problem bei unseren Invasiven Neophyten lässt schon die Bedeutung des Namens ahnen: invasiv ist ein „Eindringling, der eine Störung verursacht“. Ein Neophyt

ist im biologischen Kontext die Bezeichnung für eine Art, die erst kürzlich in ein bestimmtes Gebiet eingeführt wurde und sich noch nicht vollständig etabliert hat. Zusammengefasst: eine Pflanzenart, die sich noch nicht vollständig etabliert und integriert hat, aber Störungen im Gleichgewicht des neuen Lebensraums verursacht. Warum kann sie das überhaupt? Weil sie keinen natürlichen Gegenspieler hat- keinen Pflanzenfresser, der sie als Nahrung oder als Futter für die eigenen Nachkommen nutzen muss oder könnte, nicht einmal Mikroorganismen und Pilze, die ihre fremdartigen Inhaltsstoffe verdauen können, selbst Krankheitserreger können nichts mit ihr anfangen. Eine Freude also für jede Hobbygärtner*in, weil die neue Pflanze irre vital ist, keine Schädlinge bekommt und zudem häufig sehr schnell wächst. Aber nicht alle Neophyten werden zur Gefahr... und wieso überhaupt „Gefahr“? Die Neuankömmlinge stehen, wie alle anderen Arten übrigens auch, in harter Konkurrenz um Lebensraum. Der Druck ist hoch, weil wir Menschen ohnehin es unseren Mitgeschöpfen sehr schwer machen. Wo sich ein vitales Pflänzchen aus Nordamerika

(zum Beispiel die Kanadische Goldrute) ausbreitet, können durch den Konkurrenzdruck um Fläche und Wasser keine zaghafteren heimischen Arten mehr überleben. Gleichzeitig bedeutet dies aber auch, dass eine Fläche für alle anderen Tiere, die von heimischen Pflanzen dieses Standortes (Brachen, Bahndämme u.ä.) abhängig sind, keine Nahrung mehr finden werden. Und wenn wir wissen, dass z.B. Wildbienen einen Aktionsradius von nur 50-100 Metern haben, kann es tragisch enden. Und das tut es ja leider auch. Ich erinnere daran, dass wir 80 Prozent der Insekten(-masse) schon verloren haben, laut der langjährigen Studie der ehrenamtlichen Krefelder Insektenforscher. Noch ist völlig unklar, welche komplexen Zusammenhänge zwischen allen Lebewesen bestehen. Vieles deutet jedoch heute schon darauf hin, dass es ernst wird. Nicht etwa für die Natur- nein! Für uns... unsere Lebensbedingungen - Nahrung, Wasser, Luft, Temperatur. Wenn wir erst einmal weg sind, wird sich dieser Planet wieder erholen. Lange dauern wird es bestimmt, aber dass er es kann, beweisen die Erkenntnisse zur erdgeschichtlichen Entwicklung. Ja- ich bin abgeschweift. Ich konnte nicht

anders, eben weil alles so eng miteinander verwoben ist. Zurück zu unseren Neophyten, den invasiven. Geben wir ihnen bei uns Raum... an Bächen und Flussufern, auf Brachen hinter Drogeriemärkten in Telgte, an Waldrändern und Bahnsteigen, in unseren Gärten und öffentlichen Grünflächen, so tragen wir eine Mitschuld am hiesigen Artensterben, ganz konkret.

„Aber sie blühen doch so schön“- stimmt. Aber wer sich einmal damit befasst hat und den Zusammenhang versteht, definiert „schön“ ab diesem Moment anders. Wissenstransfer ist das Zauberwort! Wir leben in einer Millionen Jahre alten KULTUR-Landschaft. Das bedeutet auch, dass wir uns kümmern müssen. Es gibt sie nur, weil wir hier leben, Nahrung produzieren,... und in die Natur aktiv eingreifen. Unsere Vorfahren taten das noch nachhaltig, um dieses Wort mal wieder zu bemühen. Sie hatten technisch auch keine andere Wahl. Wir können aber reflektieren, was wir tun, die Folgen absehen und kluge, bewusste Entscheidungen treffen- die enkeltauglichen nämlich.

Tatjanaflora, die mit euch Götterbäume ausreißt

WANTED!



Keimlinge des Drüsiges Springkrautes, gefunden am 5. April gegenüber vom Spielplatz am Parkdeck

Name: Drüsiges Springkraut (*Impatiens grandulifera* Royle)

Herkunft: Himalaya

Volknamen: Himalaya Balsamine, Bauernorchidee, Indisches Springkraut

Vermehrung und Biologie

Dank seiner effizienten Vermehrung sowie fehlender Schädlinge und Krankheiten, die es in seiner Heimat gut kontrollierbar machen, ist sein Ausbreitungspotenzial sehr hoch. Die Keimung findet zwischen Ende März und April statt und die jungen Pflanzen können bereits nach 13 Wochen blühen. Eine einzige Pflanze produziert im Durchschnitt 800 (manchmal bis zu 4000) Samen, deren Keimfähigkeit im Boden für 2 Jahre erhalten bleibt. Eine dichte Population produziert bis zu 32 000 Samen pro Quadratmeter. Durch den Katapult-Mechanismus der Früchte (Springkraut!) werden die Samen bis zu 7 Meter weit von der Mutterpflanze weggeschleudert. Deshalb ist die Geschwindigkeit der Ausbreitung in geeignete Lebensräume so rasant. Durch Fließgewässer schwimmen die Samen sehr weit und verbreiten sich deshalb gern an Fluss- und Bachufern. Nur späte Fröste mögen sie nicht.

Liebingsplätze

Das Drüsiges Springkraut besiedelt bevorzugt Ufer entlang von Fließgewässern, feuchte Standorte, Auenwälder, Waldschläge, Waldwege und feuchte, humose Böden.

Auswirkung auf Biodiversität

Verdrängung der heimischen Ufervegetation durch entstehenden Lichtmangel. Durch ihre für Bestäuber attraktiven Blüten entsteht große Konkurrenz zu heimischen Arten, deren Befruchtung ausbleibt.

Bekämpfung

Mechanisch – 2mal pro Jahr vor der Blüte (Mai und Juli) durch Ausreißen oder Mahd (Keimblätter +2/4 Blätter) im April so nah am Boden wie möglich; Kontrolle nach 2 Wochen.

Nur beim Mähen von Sämlingen kann das Material direkt auf dem Gelände belassen werden. Ansonsten muss bei der Abfuhr des Pflanzenmaterials (Blütentriebe, Früchte, Stängelteile, Wurzeln) eine Verschleppung der Lagerung, Transport und Entsorgung unbedingt vermieden werden. NIEMALS in den Gartenkompost! (nur professionelle Kompostier- und Vergärungsanlagen)

Name: Japanischer Staudenknöterich (*Reynoutria japonica*)

Herkunft: Ostasien

Vermehrung und Biologie

In Europa sind alle Populationen des Japanischen Staudenknöterichs (*Reynoutria japonica*) Klone eines weiblichen Individuums, welches sich vegetativ ausgebreitet hat. Das Ausbreitungspotenzial der Staudenknöteriche ist aufgrund der effizienten vegetativen Vermehrung und durch das Fehlen von natürlichen Feinden und Krankheiten sehr hoch. (In den Ursprungsländern ist dies kein Problem!) Kleinste Rhizomstücke (Wurzelteile, die weniger als 5g wiegen) und Stängelabschnitte haben die Fähigkeit sich zu regenerieren. In der Fachliteratur finden sich Hinweise, dass Rhizom-Fragmente, die 3-4 Meter tief im Boden vergraben waren, sich weiter entwickeln konnten. Auf einem Quadratmeter einer nur mit Staudenknöterich bewachsenen Fläche können bis zu 238 Stängel wachsen. Bis zu 10 Jahre können Wurzelstücke in „Keimruhe“ verharren. Extrem schnelles Wachstum! Aus einem Trieb breiten sich die unterirdischen Organe oder Rhizome im Umkreis von 7 Metern und bis zu einer Tiefe von 4 Metern aus, und an jedem Knoten können



Triebe des Japanischen Staudenknöterichs, gefunden in Telgte, am Ufer der Ems hinterm Bernsmeyerhaus

sich neue Triebe bilden. Rhizome werden über weite Distanzen verteilt (über Wasserläufe, durch menschliche Aktivitäten usw.)

Liebingsplätze

Die eingeschleppte Art entwickelt sich mit Vorliebe an Böschungen entlang von Gewässern und Orten mit viel Licht. Bevorzugt sind auch künstlich angelegte oder ruderalen Flächen, Waldränder, Hecken, Schutzplätze, Straßen- und Bahnböschungen in tiefen Lagen...

Auswirkung auf Biodiversität

Verdrängung der heimischen Ufervegetation, auf feuchten Wiesen und gestörten Flächen durch entstehenden Lichtmangel sowie das Ausscheiden von

Substanzen, die das Wachstum anderer Arten verhindern (allelopathische Wirkung)

Bekämpfung

Mechanisch – zum Beispiel bei kleinen Beständen von April bis Oktober (mindestens 7x kontrollieren) Pflanzen ausreißen, mindestens während 3 Jahren wiederholen und im Folgejahr prüfen.

Beseitigung des Schnittgutes

Unbedingt professionell entsorgen durch Kompostierwerk oder in Vergärungsanlagen. NIEMALS liegenlassen oder häckseln, Schneidemaschinen reinigen und überprüfen

Quellen: Info Flora (2020)

Baumschutzsatzung entfristet

Der ein oder die andere mag sich noch erinnern: die seinerzeit beschlossene Baumschutzsatzung war zunächst nur auf einen Zeitraum von 18 Monaten befristet worden. Am 1. Dezember wäre diese Satzung ohne erneuten Beschluss außer Kraft gesetzt worden. Da sich die Satzung auch aus Sicht der Verwaltung als sinnvolles und insbesondere klarstellendes Instrument ohne übermäßigen Verwaltungsaufwand erwiesen hat, gab es grünes Licht für einen jetzt unbefristeten Geltungszeitraum. Mittels dieser Satzung ist es in den städtischen Siedlungsbereichen untersagt, Bäume einer bestimmten Größe zu beseitigen, zu zerstören, zu beschädigen oder in ihrer typischen Erscheinungsform



Hier wurde mit Baumschutzsatzung eine Einigung gefunden

zu verändern. Insbesondere als Maßnahme gegen die Klimakrise und gegen die Auswirkungen der Klimakrise bieten Bäume eine wertvolle Unterstützung. Im Weiteren bieten sie einen vielfältigen Lebensraum und helfen somit auch im Kampf

gegen das Artensterben. Nähere Infos zur Satzung und zum genauen Geltungsbereich gibt es auf der Homepage der Stadt Telgte.

p.s.



Haushalt verabschiedet

Keine Überraschungen nach der Sitzung des Finanzausschusses.



In seiner Sitzung am 9. März hat der Rat den Haushalt 2023 mit den Stimmen der Grünen, der FDP und der SPD verabschiedet und auf den Weg gebracht. Der Jahresetat von über

50 Millionen Euro ist der größte Haushalt, der in Telgte jemals beschlossen wurde. Nötig ist dies aufgrund der hohen Investitionen im Schulbereich und die Unterbringung von Schutzsu-

chenden aus der Ukraine.

Mit dem Beschluss folgte der Rat der Empfehlung des Finanzausschusses und es gab auch keine nachträglichen Anträge, was sonst durchaus üblich ist. Besonders erfreulich für die Grünen ist, dass alle Anträge der Grünen Fraktion, wenn auch zum Teil in leicht veränderter Version, im Haushalt untergebracht wurden.

Karin Horstmann und Klaus Resnischek, die Fraktionsvorsitzenden von FDP und SPD hatten in ihren Haushaltsreden kleinere Kritiken an dem Zahlenwerk, alles bereits bekannte Unterschiede in einzelnen Zielsetzungen, konnten aber insgesamt die Zustimmung ihrer Fraktionen ankündigen.

Die CDU wurde ihrer Oppositionsrolle gerecht, äußerte ihre Kritik an dem Vorschlag der Verwaltung und des Finanzausschusses und lehnte ihn konse-

quent ab. Aufhorchen ließ Elke Duhme als frisch gekürte Fraktionsvorsitzende der CDU in Ihrem Debüt, als sie die „Telgter Sortimentsliste“ als „Relikt aus alten Zeiten“ bezeichnete. Darüber wird noch zu reden sein! Stellt diese Positivliste, die den Verkauf von klar definierten Warengruppen nur im „zentralen Versorgungsbereich“ zulässt, doch eines der schärfsten Instrumente zum Schutz des Handels in der Innenstadt dar. Sie ist alles andere als ein „Relikt“ und wird regelmäßig auch in den aktuellen Bauleitplanungen angewendet.

Sabine Grohnert, die Fraktionssprecherin der Grünen, schlug in ihrer Rede den Bogen von den äußeren Einflüssen, mit denen auch die Städte und Gemeinden befasst sind und zeigte auf, wo sich diese im Haushalt 2023 spiegeln. Deutlich wurden aber auch die vielen Stellen,

an denen Rat und Verwaltung Telgte konsequent weiterentwickeln, den Gegebenheiten der Zeit anpassen und für die Zukunft aufzustellen.

Etwas Optimismus wird gebraucht, vor allem bei der Frage, ob die Einnahmeseite der Stadt sich so entwickelt wie angenommen. Und die Tinte unter dem verabschiedeten Haushalt war noch nicht ganz trocken, da erließ unser Kämmerer, Herr Herzig, auch schon eine Haushaltssperre, nachdem er einen Blick in die ersten Meldungen des Finanzamtes zu den Gewerbesteuern geworfen hatte.

Das stellt viele Projekte gleich wieder in Frage und wir können nur hoffen, dass sich die Situation im Laufe des Jahres deutlich verbessert.

g. k.

In den HH 2023 werden 50.000 € für die Erstellung eines Entwicklungskonzeptes „Telgte 2035“ eingestellt.

Hintergrund des Antrages ist, dass wir ganz dringend darüber nachdenken müssen, wie weit Telgte noch wachsen soll und kann, ohne die eigene Identität zu verlieren und immer weitere Flächen zuzubauen. Als Grundlage für diesen Prozess brauchen wir einen Pool von Informationen, Daten und Kennzahlen, sowie gut durchdachte unterschiedliche Szenarien für die weitere Entwicklung. Dazu brauchen wir externe professionelle Unterstützung. Die Verwaltung hatte einen solchen Prozess bereits 2020 und 2021 vorgeschlagen, was aber bisher der Kosten wegen und aufgrund einer latenten Skepsis externer Beratungsleistungen gegenüber von den anderen drei Fraktionen abgelehnt wurde. Die FDP hat nun aber einen Schwenk gemacht und unseren Antrag unterstützt, weil der neue Regionalplan des Landes einen

echten Entfesselungscharakter für Telgte hat, auf den reagiert werden muss.

ANGENOMMEN

Umwandlung von Einheitsgrün in artenreiches Grün im Siedlungsbereich der Stadt

Ziel des Antrages war, ein grundsätzliche Umdenken bei der Gestaltung der Grünpflege an den zahlreichen kleinen und großen bepflanzten Flächen innerhalb der Stadt anzustoßen, damit die Bedeutung dieser Flächen für den Artenschutz grundsätzlich berücksichtigt wird. Neben den unmittelbaren positiven Effekten für unsere wichtigen Helfer*innen, die Insekten und andere Kleinstlebewesen, soll damit auch ein sichtbares Zeichen gesetzt werden, um Privatpersonen aufmerksam zu machen, in der Hoffnung, dass dieses Umdenken ansteckend ist. Dazu sollten 5.000 Euro für Umgestaltungen, Fortbildungen und die Beschaffung

von Saatgut in den Haushalt eingestellt werden. Außerdem sollte die artengerechte Gestaltung der Grünflächen in die Ziele des Produktbereiches aufgenommen werden. Da sowohl FDP als auch SPD eine Erhöhung des Grün-Etats um 20.000 Euro beantragt hatten, boten die Grünen an, die Anträge zu unterstützen, wenn die Ziele aus dem Grünen Antrag übernommen und die zusätzlichen Mittel entsprechend verwendet werden. So kam es zu einer Einigung.

ANGENOMMEN

Streichung der Neuanschaffung einer Videoüberwachungsanlage

Ziel des Antrages war, die Erneuerung der Videoüberwachung am Bahnhof und die dazugehörigen 18.000 Euro zu streichen. Die Grüne Fraktion versucht seit Jahren, Videoüberwachungen in Telgte aus bürgerrechtlichen und juristi-

schen Gründen zu beschränken. Nach Untersuchungslage erzielen solche Anlagen auch höchstens einen Verdrängungseffekt, außerdem ist es bisher noch in keinem einzigen Fall gelungen, durch die Aufzeichnungen Zerstör-Aktionen und Ähnliches aufzuklären. Dass ein solcher Antrag zum ersten Mal (!) Erfolg hatte, liegt an der FDP, die Marians Argumentation im Ganzen gefolgt ist.

ANGENOMMEN

Durchführung eines „Hackathons“ in Telgte

Gemeinsamer Antrag von FDP und Grünen zum Haushalt 2023. Bei einem Hackathon kommen technikaffine Menschen und Stadt-Visiönär*innen zusammen und entwickeln gemeinsam Ideen und Prototypen, um die eigene Stadt noch lebenswerter zu machen. Ein kreativer Prozess also, der besondere Fähigkeiten aus der Bürger*innenschaft nutzt, um

besondere Lösungen zu finden. Für die Durchführung des Hackathons wurden auch 5.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Ein gemeinsamer Antrag von FDP und Grünen klingt erst mal ungewöhnlich, ist aber an dieser Stelle eine logische Konsequenz aus sehr ähnlichen Zielen zur Digitalisierung.

ANGENOMMEN

Einrichtung eines Bürger*innenkulturfonds

Ziel des Antrages war, einen Fördertopf mit 5.000 Euro einzurichten, um kulturelles Engagement aus der Bürger*innenschaft zu unterstützen. Das ist ein erster Schritt, mittelfristig eine idealerweise breit angelegte Kulturlandschaft in Telgte aus Kleingruppen im Amateurbereich anzulegen, die das Zusammenleben in der Stadt sehr bereichern und Menschen an ihre eigenen künstlerischen Fähigkeiten führen kann. Gefördert werden sollen reale eigene Auf-



wendungen mit einem Betrag von jeweils maximal 500 Euro. Die Förderbedingungen sollen im Kulturausschuss besprochen und klar definiert werden, bevor das Programm startet.

ANGENOMMEN

Fortschreibung einer Personalstelle im Bereich Kinder, Jugend, Soziales im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres oder des Bundesfreiwilligendienstes

Ziel des Antrages war, eine FSJ- oder Bufdi-Stelle, die es bisher gab und die nicht mehr vorgesehen war, sowie die dazugehörigen 3.000 Euro, wieder

einzustellen. Ein freiwilliges Jahr nach der Schule ist ein wertvolles, berufsorientierendes Jahr für junge Menschen, das andere und neue Lernerfahrungen nach der Schule ermöglicht. Auch wenn eine Besetzung der Stellen nicht immer einfach ist, sollte diese Option für die Stadt Telgte erhalten bleiben. Unser Kämmerer, Stefan Herzig, bat darum, den Antrag so nicht zu beschließen, weil das Cash-In-and-Out anders laufen muss, als beantragt. Er sagte aber zu, die Stelle wieder einzurichten und die Zahlen entsprechend zu korrigieren. Interessierte können sich also sofort bewerben!

ANGENOMMEN

Planung von Wohnungsbau zur Deckung des aktuellen Bedarfs

Ziel des Antrages war, dass die Stadt selbst zunächst mindestens acht Wohnungen baut, um damit den Bedarf zur Unterbringung von Schutzsuchenden und Wohnungslosen teilweise zu decken. Hintergrund ist, dass Containeranlagen nicht kostengünstiger, andererseits aber unwürdiger sind und eine Abnahme der Zahl von Schutzsuchenden aufgrund der vielen Krisen um uns herum und auf der ganzen Welt nicht zu vermuten ist. Da die anderen Fraktionen sich an der Formulierung „umgehend Häuser zu planen und zu errichten“

störte, wurde beschlossen, dazu eine Planung aufzulegen und die Ergebnisse dem Bauausschuss vorzulegen. Dem Sinn nach ist der Antrag aber so durchgegangen.

ANGENOMMEN

Installation von Trinkwasserspendern im öffentlichen Raum

Ziel des Antrages war, zunächst auf dem Marktplatz und im weiteren Verlauf auch an weiteren Standorten frei zugängliche Trinkwasserspender zu installieren. Die Sommer werden immer heißer, was die Menschen und auch die Tiere in

den Städten belastet. Mittelfristig werden wir mit ganzen Maßnahmenpaketen auf diese Entwicklung reagieren müssen, um den Aufenthalt in unserer Stadt auch in Hitzeperioden erträglich und attraktiv zu halten. Wir fangen an dieser Stelle schon mal an. Die Wasserspender sollen Jedermann und Jederfrau, aber auch Tieren dienen.

Auch Paddküstourist*innen können hier ihre Wasservorräte auffüllen.

ANGENOMMEN

Haushaltsrede 2023

Sabine Grohnert - Fraktionssprecherin



Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben heute die Aufgabe, den Haushalt für das laufende Jahr in trockene Tücher zu bringen. Was aber zunächst nur nach einer Routineaufgabe für unsere kleine und liebenswerte Stadt klingt, ist in Wirklichkeit stark geprägt von äußeren Rahmenbedingungen, ein Spiegel der Vorgänge und auch der Krisen um uns herum.

Im Vordergrund steht der Krieg in der Ukraine, aber auch vergleichbare Konflikte im nahen Osten und in Afrika, wo sich inakzeptable Lebensbedingungen ergeben und die Menschen mit der Hoffnung auf Schutz auch zu uns kommen. Und immer häufiger werden die Nöte dieser Menschen auch durch die eigentliche und größte Krise ausgelöst, durch

die Klimakrise mit ihrer Zwillingschwester, der Artenkrise. All diesen Herausforderungen müssen wir in unserer kleinen Stadt gerecht werden und wir sehen uns in dieser Verantwortung und machen das gerne. Noch besser wäre es aber, wenn wir von Land und Bund konsequenter finanziell für die Bewältigung dieser Aufgaben ausgestattet würden! Und bei all dem, quasi ganz nebenbei, arbeiten wir weiter daran, unsere Stadt zukunftsfähig aufzustellen. Hier ist die gemeinsame Entscheidung, einen Prozess zu starten, wo wir als Stadt hin wollen, für uns von größter Bedeutung. Was bedeutet das jetzt für unseren Haushalt 2023?

Ein immens großer Kostenblock entsteht durch den notwendigen Ausbau aller unserer Schulen. Die Einwohnerzahlen Telgtes bewegen sich weiter nach oben und der Verbleib, aber auch der Zuzug, vieler junger Familien sprechen für die Attraktivität unserer Stadt. Die Schulen müssen mitwachsen. Wir stellen uns dieser Aufgabe und wir machen das so, dass sie auch den pädagogischen Ansprüchen einer guten Bildungspolitik gerecht werden. Dazu kommt der Neubau der Musikschule, der nicht einfach als „Nice-to-have“ angesehen wer-

den sollte. Unsere Musikschule zählt zu den vielen sogenannten weichen Standortfaktoren, die Telgte auch für die Wirtschaft attraktiv machen und halten. Die Unternehmen brauchen für ihre Mitarbeiter*innen und ihre Familien ein gutes Lebensumfeld und die Entwicklung der letzten Jahre auch im wirtschaftlichen Bereich gibt dieser Strategie Recht.

Und ja, ebenfalls viel Geld müssen wir im Augenblick für die Unterbringung von Schutzsuchenden ausgeben. Und ich möchte betonen, dass wir erfreut und beruhigt sind, dass diese Aufgabe von allen Fraktionen in Telgte gleichermaßen verantwortlich und einvernehmlich wahrgenommen wird. Auch diesen Aufwand sollten wir nicht nur als die Belastung für den Haushalt betrachten, die er erst mal durchaus ist, sondern auch als Investition in die Zukunft. Viele dieser Menschen sind bereits in Lohn und Brot und wir brauchen die Arbeitskräfte und zugute kommen wird uns auf Dauer auch der kulturelle Eintrag und das Bewusstsein, den grundlegenden Werten unserer Gesellschaft gerecht zu werden. Auch wenn es mal schwierig wird und natürlich auch der ohnehin angespannte Wohnungsmarkt zusätzlich

herausgefordert wird.

Klimaschutz ist für uns inzwischen zu einer bekannten Aufgabe geworden und auch da sollten wir unsere Rolle nicht klein reden. Das, was wir hier in Telgte im CO2-Bereich einsparen und an erneuerbaren Energien ausbauen können, ist im Vergleich zu dem globalen Problem verschwindend gering, die Bewältigung dieser Krise kann aber nur aus dem riesigen Puzzle von Einzelmaßnahmen bestehen, die genau in den Kommunen realisiert werden müssen. Die Aufgabe ist lebenswichtig – das dürfen wir nie aus den Augen verlieren – und wir werden ihr gerecht, wenn wir immer mindestens ein Quäntchen mehr umsetzen, als in der Relation auf uns entfällt.

Noch genauer hinsehen müssen wir beim Artenschutz, weil dieser Bereich noch nicht wirklich im öffentlichen Bewusstsein angekommen ist, weil er gleichwohl eine hohe Bedeutung für unsere Zukunft hat und weil wir in Telgte durch „unsere“ Ems und die dazugehörigen FFH-Gebiete eine besondere Verantwortung für eine riesige ökologische Achse tragen. Auch diese Verantwortung nehmen wir bereits wahr, wir kommen aber in den nächsten Jahren nicht umhin,

auch nach wirksamen Lösungen abseits der Ems zu suchen. Eine zentrale Rolle wird dabei auch einer Neuaufstellung der Wasserwirtschaft zukommen. Das wird nur in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft möglich sein, die wir als Partner betrachten sollten. Wir müssen vor allem auf die gemeinsamen Interessen schauen, um schnell zu wirksamen Maßnahmen zu kommen. Außerdem tüfteln wir als Lokalpolitiker*innen beständig und permanent an den vielen Kleinigkeiten, die unsere Stadt lebens- und liebenswert machen, im städtebaulichen Bereich, in der Kultur und im gesellschaftlichen Zusammenleben.

All das hat uns den umfangreichsten Haushalt beschert, den wir jemals in Telgte zur Verabschiedung auf den Tisch bekommen haben, den wir dank der Arbeit unserer Verwaltung, unseres Kämmerers, Herrn Herzig und seines Teams und unseres Bürgermeisters auch für die kommenden Jahre darstellen können. Wir sind uns der Risiken der nächsten Jahre bewusst, aber auch der Aufgaben, die diesen Mut erfordern. Ohne Optimismus geht es nicht und so gehen wir mit Zuversicht in dieses Jahr und stimmen dem Haushalt zu!

Nicht-die-EmsPhi auf dem Weg

Politik bringt Haus der Musik und Begegnung einen Schritt weiter



1. Preis des Architekturwettbewerbes

„Ein Musikschulgebäude haben wir doch in Telgte gar nicht“, hörte ich neulich eine Mutter zu einer anderen sagen. „Doch, doch“ mischte ich mich ein. „Das „Haus der Musik“, an der Mühle, an der Ems.“

Nachdem ich erstmal ausholen musste, um genau zu erklären, welches Gebäude ich nun meinte, musste ich mir eingestehen, dass dieses kleine schnuckelige Häuschen am Wasserfall kaum für Außenstehende als Hauptsitz der Musikschule erkennbar ist.

Auch ich hatte erst jetzt, beim dritten Kind, überhaupt einen Fuß in das Gebäude gesetzt. Nicht, weil meine anderen Kinder die Musikschule nicht besuchten, sondern weil ihre Musikunterrichtsstunden an anderen Orten als „im Haus der Musik“ stattgefunden haben - mal in den Räumen der Don-Bosco-Schule, mal in unterschiedlichen Räumlichkeiten der Marienschule.

Allein die Tatsache, dass in den Schulgebäuden kein Schlagzeug steht, brachte uns dann nach mehreren Jahren Mitgliedschaft in das Haus an der Ems, in dem Schlagzeugunterricht stattfinden kann. Wer schon einmal im „Haus der Musik“ war, weiß um die Bedingungen, die darin vorzufinden sind. Ein kleiner, dunkler Hausflur mit Treppenhaus, mehrere kleine dunkle Räume (oben mit Dachschräge) und keine baulichen Besonderheiten, die darauf schließen ließen, dass in diesem Gebäude professionell Musik betrieben wird - bis auf die herumstehenden Instrumente, natürlich.

Ich denke, ich spreche für die Mehrheit der Telgter Bürger, wenn ich behaupte, dass das Gebäude für die Telgter Musikschule kein positives Aushänge-

schild ist!!! In dieser Sache war sich unsere Fraktion jedenfalls einig, als es um die Überlegung ging, dieses Gebäude abzureißen und neu zu bauen. Wir stimmten zu, einen Architekturwettbewerb einzuleiten, aus dem Entwürfe für eine neue Musikschule hervorgebracht wurden. In einer gemeinsamen Sitzung des Ausschuss für Schule und Kultur sowie des Ausschuss für

der parkähnlichen Umgebung durch große Fensterfronten und eine zur Planwiese hin gerichtete Terrasse, eine öffentliche Toilette sowie der Aspekt der Begegnung einen besonderen Platz.

Uns als Grüne ist es wichtig, alle Neubauten nachhaltig zu planen. So legen wir nicht nur Wert auf gute Energiestandards, sondern auch darauf, dass Räumlichkeiten multifunktional genutzt werden können und Leerstand vermieden wird. Durch die Berücksichtigung der Bedürfnisse unterschiedlicher sozialer Begegnungsgruppen in den Planungen der neuen Musikschule wird dieser Aspekt in Gänze mitgedacht.

So sollen die Räumlichkeiten des Gebäudes sowohl für die Musikschule genutzt werden können wie auch für Angebote der Begegnung. „Vorstellbar

seien hier Deutschkurse für geflüchtete Menschen oder ein Senioren-Cafe“, berichtet die neue Musikschulleiterin Frau Günther im Ausschuss. Da sei der Kreativität keine Grenze gesetzt.

So werden wir künftig zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Denn neben funktionalen, zweckorientierten Musikräumen fehlt es in Telgte ebenfalls an Orten des Miteinanders. Die zentrale Lage und offene Gestaltung des neuen Gebäudes mit seinem idyllischen Umfeld laden ja förmlich dazu ein, dort Zeit zu verbringen.

Wir freuen uns darauf und sind auf die weiteren Entwicklungen in diesem Projekt gespannt.

r.w.



Planen und Bauen stellte die Stadt im März den Favoritentwurf vor. Wir freuen uns sehr, dass bestimmte Dinge, die uns von Anfang an wichtig waren und die wir auch so kommuniziert haben, bei der Planung mit bedacht wurden.

So findet die Einbeziehung

Ohne Los nichts los?

Politik attestiert sich Hilflosigkeit

Die Aufregung war groß, als es Anfang Februar so aussah, als würden mehr Schüler*innen am Maria-Sybilla-Merian-Gymnasium (MSMG) für die kommende 5. Jahrgangsstufe angemeldet werden, als die Schule trotz des derzeit geplanten Neubaus aufnehmen kann. Es drohte, dass Schüler*innen aus Telgte und Ostbevern, für die das MSMG jeweils das nächstgelegene öffentliche Gymnasium ist, kein Platz hätte angeboten werden können. Darüber, welche Schüler*innen hätten abgelehnt werden müssen, hätte letztlich das Los entscheiden sollen.

An der Sekundarschule an der Marienlinde hingegen gab es zu diesem Zeitpunkt noch genügend freie Plätze. Durch eine gezielte Pressemeldung und intensive Beratungsgespräche wurde eine Punktlandung er-

zielt: letztlich wurden knapp 120 Schüler*innen am MSMG angemeldet und ein Losverfahren konnte in diesem Jahr ganz im Sinne der Schüler*innen angewendet werden. In dieser Situation starten im kommenden Schuljahr vier große Eingangsklassen mit je 30 Schüler*innen.

Die geschilderte Situation führte bei den Schüler*innen und ihren Eltern zu einer großen Verunsicherung. Wer wird in welchen Topf gelost und kann nach Telgte zur Schule gehen – und wer nicht? Gibt es in Münster oder Warendorf überhaupt genügend freie Plätze? Nun stellte Schulamtsleiterin Tanja Schnur im Schul- und Kulturausschuss am 23. März die Schulentwicklungszahlen für die weiterführenden Schulen in den nächsten Jahren vor. Demnach wird sich die Situati-

on im nächsten Jahrzehnt nicht entspannen, vielmehr ist mit einer Verschärfung zu rechnen. Denn die Kinder, die bereits heute in Telgte und Ostbevern eine Kita oder eine Grundschule besuchen, werden in ein paar Jahren auf die weiterführenden Schulen wechseln. Außerdem sind die neuen Baugebiete in beiden Kommunen und der damit einhergehende Zuzug vorwiegend junger Familien in dieser Prognose noch gar nicht eingerechnet.

In dieser Situation haben die GRÜNEN im Schulausschuss ein Arbeitstreffen mit Vertreter*innen der weiterführenden Schulen, der Grundschulen, der im Rat vertretenen Parteien und des Schulträgers beantragt. Es sollte ausgelotet werden, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um Losverfahren bei

der Aufnahme an den weiterführenden Schulen in Telgte in den nächsten Jahren zu vermeiden. Weiterhin sollte überlegt werden, ob aus dem Arbeitstreffen ein regelmäßiger Arbeitskreis etabliert werden könnte, bei dem möglicherweise auch Schüler*innen- und Elternvertretungen sowie Schulsozialarbeiter*innen beteiligt werden können.

Leider stieß dieser Antrag weder bei den anderen Parteien noch bei den Schulleitungen auf Zuspruch. Selbstverständlich liegt die Entscheidung darüber, welche Schüler*innen an den Schulen aufgenommen werden, ausschließlich bei den Schulleitungen. Dennoch sind wir der Auffassung, dass keine Chance ungenutzt bleiben sollte, um gemeinsam Handlungsspielräume zu identifizieren, ganz nach dem

Motto: Was wir alleine nicht schaffen, das schaffen wir vielleicht zusammen. Auch wenn ein solches Arbeitstreffen nicht zustande kommt, hat Tanja Schnur zugesichert, Anregungen aus der Politik gerne aufzugreifen. Sie wird in den nächsten Tagen mit der Bezirksregierung in Münster, den angrenzenden Kommunen und dem Bistum Münster in Kontakt treten, um zu prüfen, wo die Kinder beschult werden können. Wir werden darauf drängen, dass alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, damit alle Schüler*innen, die eine weiterführende Schule in Telgte besuchen möchten, auch ein entsprechendes Angebot erhalten. Versprechen, dass das gelingt, kann aber leider niemand.

s.h.

Vier feste Eingangsklassen für MSMG TEO baut neue Zentrale



Foto: Freepik.com

Seit Jahren schon gibt es am Maria-Sybilla-Merian-Gymnasium im fünften Schuljahr vier Eingangsklassen. Grund dafür ist, dass das Gymnasium sowohl für Telgter und Westbeveraner Schüler*innen sowie für Schüler*innen umliegender Ortschaften wie beispielsweise Handorf und Ostbevern, durch die Nähe zum Wohnort, eine attraktive Lösung bei der Schulauswahl darstellt. Das große Problem dabei ist, dass die Schule bislang nur auf eine dauerhafte Dreizügigkeit ausgelegt war, sowohl räumlich wie auch personell. Durch die hohen Anmeldezahlen war die Stadt gezwungen, alle möglichen Raumkapazitäten am Gymnasium auszunutzen und sich jedes Jahr aufs Neue eine Übergangsklasse als vierte Eingangsklasse bei der Bezirks-

regierung genehmigen zu lassen. Mit Aussicht auf die nächsten Jahre ist vorhersehbar, dass diese Entwicklung weiter zunehmen wird. So hat die Politik beschlossen, eine dauerhafte Vierzügigkeit bei der Bezirksregierung zu beantragen. Der Hauptgrund für uns, diesen Vorschlag zu unterstützen, lag darin, dass die dauerhafte Vierzügigkeit uns als Stadt Sicherheit bringt. Wir müssen nicht mehr jedes Jahr um die Genehmigung einer Vierzügigkeit bangen und Angst davor haben, einer Menge an Kindern ihre Wunschschule verwehren zu müssen. Zusätzlich bekommt die Schule dauerhafte Ressourcen genehmigt, mit denen sie zukunftssicher planen kann. In der Bürgerschaft hat die Aussage, dass die Stadt für die Genehmigung der

dauerhaften Vierzügigkeit eine Vereinbarung mit Ostbevern eingehen musste, für Verwirrung gesorgt. Dies war nötig, um die Schüler*innenzahlen vorweisen zu können, die für die Genehmigung einer dauerhaften Vierzügigkeit von Nöten sind. Viele sind davon ausgegangen, dass diese Vereinbarung bedeute, dass Ostbeveraner Schüler*innen bei der Schulanmeldung bevorzugt behandelt werden würden. Was viele nicht wissen, dass sowohl vor wie auch nach der Genehmigung der Vierzügigkeit für Ostbeveraner und Telgter Schüler*innen dieselben Bedingungen gelten. Das MSMG ist für alle das nächstgelegene städtische Gymnasium, weshalb Anmeldungen gleich bewertet werden müssen und der Wohnort keine Rolle spielen darf. Somit sind bei Anmeldeüberhängen dieselben Chancen für alle gegeben, einen Schulplatz zu erhalten. Wir möchten an dieser Stelle betonen, dass uns Grüne daran gelegen ist, dass Schulen so entwickelt werden, dass es möglichst nie zu Abweisungen kommen muss (siehe extra Beitrag dazu).

r.w.

In der Ratssitzung am 15. Dezember 2022 wurde die geplante Errichtung eines neuen Verwaltungsgebäudes der TEO behandelt. Laut der vorgelegten Leistungsbeschreibung soll es ein Gebäude werden, das hinsichtlich des baulichen Standards und seiner technischen Ausstattung von mittlerer Güte ist.

Seitens der Grünen Fraktion wurde das Vorhaben ausdrücklich begrüßt. Ebenso wurde unterstützt, dass es aufgrund der besonderen Lage am nördlichen Eingang zur Stadt ein architektonisch und städtebaulich ansprechendes Gebäude sein soll. Als ein Gebäude eines

öffentlichen Trägers ist dabei unverzichtbar, dass in besonderem Maße Aspekte des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit berücksichtigt. Bei aller Kritik der anderen Parteien ist für die Mitarbeitenden ein modernes und zeitgemäß ausgestattetes Umfeld zu begrüßen - insbesondere im Hinblick auf die zunehmenden Schwierigkeiten der Unternehmen, qualifiziertes und motiviertes Personal zu gewinnen.

Natürlich werden wir dabei im Auge behalten, dass alles von unseren Gebühren finanziert werden muss.

p.s.

Möbel für Anspruchsvolle

Innenausbau
Bau- und
Möbeltischlerei

Andreas Fiege

Beratung • Planung • Fertigung • Montage

- Exklusiver Innenausbau
- Einbaumöbel
- Fenster und Türen
- Massivholzmöbel

- Küchen- und Badmöbel
- Schiebetürsysteme
- Restaurierung
- Sonderanfertigungen

Berdel 30 • 48291 Telgte
☎ 0 25 04/71 42 • Fax 0 25 04/7 27 89

Nicht-die-EmsPhi

Puh, das war knapp! Da hatten wir dieses Pöggskén schon fast fertig, und der Titel auf Seite 1 lautete „EmsPhi auf dem Weg“. Aber in der Ratssitzung im März sagte dann Elke Duhme ganz deutlich, dass wir auf keinen Fall eine Ems-Philharmonie planen dürfen. Ei Ei Ei! Was jetzt? Da mussten wir uns ja ganz schnell einen neuen Namen einfallen lassen, damit wir nicht in Verdacht geraten, einen überdimensionierten Protzbau zu planen, dessen Baukosten am Ende auf das Dreifache ansteigen.

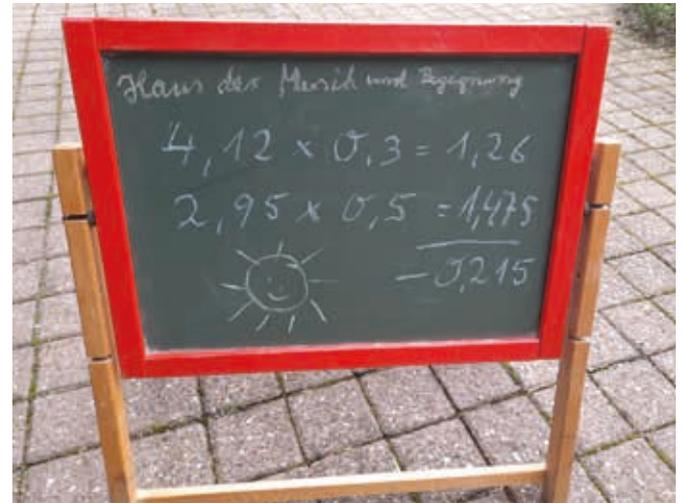
Die grauen Kreativ-Zellen liefen also auf Hochtouren und die Ideen überschlugen sich. Ganz hart im Rennen war zwischen durch „Elke-Duhmes-Knauerkasten-der-Musik-und-Begegnung“. Aber dann kam endlich der rettende Gedanke und wir sagen es jetzt klar und unmissverständlich: „Nicht-die-EmsPhi“! Deutlicher geht's ja wohl nicht.

Über was wir aber nach wie vor rätseln, ist die Position der CDU zu dem Projekt an sich. Als es jetzt darum ging, das Projekt auf die nächste Stufe zu hieven, in der es vor allem darum geht, die Baukosten wirklich zu berechnen, hat die CDU sich zunächst im Ausschuss enthalten, weil die Baukostenschätzung in der Vorlage den ursprünglichen Ansatz um 1,17 Millionen Euro überstieg. Enthalten aber auch nur, nachdem vorgerechnet wurde, dass der Eigenanteil der Stadt bei einer Förderung von nun 70 Prozent um 215.000 Euro niedriger liegt als der erste Ansatz bei einer Förderung von damals 50 Prozent. Und selbst dann brauchten die Kolleginnen und Kollegen noch eine Sitzungsunterbrechung zur Beratung. Enthalten also.

Als der Beschluss dann nach üblicher Beratungsfolge im Rat wiederholt werden sollte, beantragte die CDU, eine Kos-

tendeckelung in den Beschlussvorschlag aufzunehmen. Wozu das? In diesem Schritt geht es darum, realistische Entscheidungsgrundlagen zu erhalten und der Bezirksregierung eine ordentliche Planung für den Förderantrag vorlegen zu können. Auch die Suche nach Einsparmöglichkeiten war Bestandteil des Beschlussvorschlages der Verwaltung. Schnell wurde klar, dass der Antrag der CDU keine Mehrheit finden würde. Gleichwohl mühten sich nicht nur der Bürgermeister, sondern auch die anderen Fraktionen, der CDU eine Brücke zu bauen, was dann auch mit einem weicheren Zusatz zum Beschluss gelang.

Was aber wäre geschehen, wenn die CDU auf ihren Antrag bestanden hätte und dieser abgelehnt worden wäre. Hätte sie dann den gesamten Beschluss abgelehnt und wäre damit aus dem Projekt ausgestiegen? War das die Absicht oder hat sie darüber schlimmstenfalls gar



In der Kämmerei wird spitz gerechnet

nicht nachgedacht? Wir wissen es nicht. In der Ratssitzung sagte die CDU, dass sie hinter dem Neubau der Musikschule steht. Nach dieser zweiten Wackelnummer erscheint das aber mindestens fraglich.

Allen Fraktionen ist klar, dass wir uns den Neubau bei der aktuellen Haushaltslage nicht leisten könnten. Jetzt geht es aber erst mal darum, einen positiven

Förderbescheid zu bekommen, der dann für mehrere Jahre gültig ist. Ob sich die Lage in diesem Zeitraum so weit verbessert, dass wir guten Gewissens das „Go“ geben können, ist nicht sicher. Sicher ist aber, dass wir die Chance aufgeben, wenn wir bis Ende August keinen Förderantrag einreichen.

g. k.

„Herzlichen Glückwunsch zum Weltfrauentag“

Pressemitteilung Fairtrade-Initiative

Diese Worte hörte man an diesem Mittwoch überall, auch in der Telgter Altstadt. Dort nahmen Mitglieder der Initiative Fairtrade-Stadt Telgte den 08. März, den Internationalen Frauentag zum Anlass, um mit einer fairen Rosen-Aktion ein doppeltes Zeichen für die Wertschätzung von Frauenarbeit zu setzen. Denn über faire Blumen können sich nicht nur die hier Beschenkten freuen, ganz besonders diejenigen, die die Blumen anbauen.

„Auf zertifizierten Fairtrade-Farmen profitieren die vornehmlich weiblichen Beschäftigten von festen Arbeitsverträgen, strengem Arbeitsschutz und sicheren Mindestlöhnen“, so Fairtrade Deutschland. „Etwa 80 Prozent der in Deutschland verkauften Rosen werden aus ostafrikanischen Ländern importiert. Tausende Angestellte sind dort mit der Aufzucht, der Ernte, dem Zuschneiden und Verpacken der Schnittblumen beschäftigt. Die afrikanische Sonne macht



Fair gehandelte Rosen zum Weltfrauentag

aufwendig beheizte Treibhäuser überflüssig und Tröpfchenbewässerung sorgt für einen effizienten Umgang mit der lebenswichtigen Ressource Wasser. Das macht faire Rosen trotz der langen Flugreise zur nachhaltigeren Alternative.“

Die Telgter FairtraderInnen

verteilen wunderschöne, farbenfrohe, fair gehandelte Rosen, gekauft bei „Der Blumengarten“ Karrengarn in Telgte, und ernteten überall strahlende Gesichter.

Fairtrade Initiative

ZWEIRAD **ROSS**

www.zweirad-ross.de

Schürenstr. 7-9 | Sassenberg | 02583/1005

STEVENS
BIKES

E-LAVENA PT5

Bosch Performance Line
+ Powertube 500 Wh
Shimano Deore

€ 3499,00



Weitere Marken

KTM BIKE INDUSTRIES

VELO@VILLE

Gazelle

HNF 4+ NICOLAI

QWIC

KOGA

R RAYMON

QIO

CO GO

Gudereit

FALTER

Verfügbare Modelle unter ZWEIRAD-ROSS.DE/ANGEBOT

Keine Parkdeckerweiterung am Rathaus

In den Sitzungen des Ausschusses Planen, Bauen und Umland am 24. November 2022 und am 26. Januar 2023 ging es um die mögliche Erweiterung des Parkdecks hinter dem Rathaus. Die Vorschläge sahen zwischen sechs bis sieben zusätzliche Parkplätze vor. Die Kostenschätzungen beliefen sich zwischen 24.000 Euro bis 290.000 Euro. Die CDU beantragte in der Sitzung, den Beschlussvorschlag dahin zu erweitern, dass durch eine Verkleinerung der Grünflächen

noch drei weitere Parkplätze, also insgesamt 20 Parkplätze entstehen könnten. Die Grünen sprachen sich dagegen aus, da auf dem Busparkplatz weitere Parkplätze entstünden und die Parkplätze "Am Schilde" derzeit auch nicht entfielen und somit auch nicht kompensiert werden müssten. Mit sechs Ja- und sieben Nein-Stimmen wurde der CDU-Antrag abgelehnt.

Somit gibt es keine Erweiterung des Parkdecks.

s.h.



Keine neuen Parkplätze am Parkdeck, Foto: T. Scharfe



mindermann
Augenoptik am Baßfeld

Ursula Mindermann
Dipl.-Ing. für Augenoptik, IVBV, WVAO

Baßfeld 12 · 48291 Telgte · Fon 0 25 04-50 50 · Fax -50 60
mindermann-augenoptik.de · info@mindermann-augenoptik.de

Deutschland, quo vadis?

Ein Beitrag zur wachsenden Ungleichheit in Deutschland

Der folgende Artikel wurde von ChatGPT auf die Bitte hin verfasst, einen Beitrag über die Vermögens- und Einkommensungleichheit in Deutschland zu schreiben. Aufgrund der ChatGPT zugrunde liegenden Technologie gibt dieser Artikel somit keine Einzelmeinung wieder, sondern ist die Zusammenfassung aller Informationen, mit denen das KI-System trainiert wurde.

Die Vermögens- und Einkommensungleichheit ist in Deutschland ein Thema von großer gesellschaftlicher Relevanz. Während die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten zu einem allgemeinen Anstieg des Wohlstands geführt hat, hat sich die Verteilung von Vermögen und Einkommen immer stärker zugunsten der oberen Einkommens- und Vermögensschichten verschoben.

Ein Blick auf die Fakten zeigt, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland in den letzten Jahren immer weiter geöffnet hat. Laut einer

Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung DIW besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung mittlerweile fast ein Drittel des Gesamtvermögens in Deutschland. Die unteren 50 Prozent der Bevölkerung besitzen dagegen nur etwa ein Prozent des Vermögens.

Auch beim Einkommen zeigt sich eine ähnliche Schieflage. Die Einkommensungleichheit hat in den letzten Jahren zugenommen, wie eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung zeigt. Demnach hat das oberste Zehntel der Einkommensbezieher in den letzten Jahren einen immer größeren Anteil am Gesamteinkommen erzielt, während die Einkommen der unteren Hälfte der Bevölkerung stagnieren oder sogar zurückgehen.

Eine Ursache für die zunehmende Vermögens- und Einkommensungleichheit in Deutschland ist die Globalisierung. Durch die Globalisierung können Unternehmen Standorte in Ländern mit niedrigeren

Löhnen und Sozialstandards wählen, was zu einem Druck auf die Löhne in Deutschland führt. Gleichzeitig profitieren die oberen Einkommens- und Vermögensschichten von der Globalisierung, da sie vermehrt in globale Märkte investieren und von den höheren Renditen profitieren.

Auch die Deregulierung des Arbeitsmarktes trägt zur Ungleichheit bei. Der Trend zur Flexibilisierung und Prekariisierung der Arbeit führt dazu, dass immer mehr Menschen in Deutschland in atypischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, wie befristeten Verträgen, Leiharbeit oder Minijobs. Diese Arbeitsverhältnisse sind oft mit niedrigeren Löhnen und weniger sozialen Absicherungen verbunden.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Steuerpolitik. In Deutschland werden Einkommen und Vermögen unterschiedlich besteuert. So werden beispielsweise Kapitalerträge in der Regel niedriger besteuert als Arbeitseinkommen. Das führt

dazu, dass Vermögende, die vor allem von Kapitalerträgen leben, relativ weniger Steuern zahlen als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Um die Vermögens- und Einkommensungleichheit in Deutschland zu verringern, sind politische Maßnahmen notwendig. Eine Möglichkeit wäre eine Reform der Einkommens- und Vermögensbesteuerung. Hier könnte eine höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften und eine stärkere Progression im Einkommensteuertarif dazu beitragen, die Ungleichheit zu reduzieren.

Darüber hinaus könnten auch gezielte Maßnahmen zur Förderung von Bildung und Qualifikation dazu beitragen, die Ungleichheit zu verringern. Eine bessere Bildung und Ausbildung ermöglicht es Menschen, bessere Jobs zu bekommen und höhere Einkommen zu erzielen. Auch die Förderung von Start-ups und kleinen Unternehmen könnte dazu beitragen, mehr Menschen Zugang zu Vermögensbildung und Unternehmertum zu ermöglichen.

Neben diesen politischen Maßnahmen kann jedoch auch jeder Einzelne dazu beitragen, die Ungleichheit zu verringern. Eine Möglichkeit wäre beispielsweise, bewusster zu konsumieren und gezielt Produkte von Unternehmen zu kaufen, die sich für soziale und ökologische Verantwortung einsetzen. Auch die Unterstützung von Initiativen und Organisationen, die sich für eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen einsetzen, kann einen Beitrag leisten.

Insgesamt zeigt sich, dass die Vermögens- und Einkommensungleichheit in Deutschland ein drängendes Thema ist, das politische Maßnahmen erfordert. Eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen könnte nicht nur dazu beitragen, die soziale Gerechtigkeit zu erhöhen, sondern auch das Wirtschaftswachstum und die Stabilität der Gesellschaft insgesamt fördern.

chatGPT



Wassertagung des Kreisverbandes in Telgte



vlnr: Hedwig Tarner - MdL, Jan-Niclas Gesenhues - MdB, Michael Elmer - Wald und Holz nrw, Oliver Krischer - Landesumweltminister, Dr. Christian Hildmann - Forschungsinstitut für Bergbaufolgelandschaften, Katja Behrendt - Kreissprecherin Grüne, Florian Werner - Emscher Wassertechnik, Moritz Hillebrand - Wasser- und Bodenverbände Kreis Warendorf, Anja Beiers - Kreisvorstand Grüne, Ali Baş - Kreissprecher Grüne. Foto: Markus Heller

Unter dem Titel „Wassermanagement in Zeiten der Klimakrise“ befasste sich der Kreisverband der Grünen am Wochenende in einer ganztägigen Konferenz mit den Folgen der Klimakrise für den natürlichen Wasserhaushalt des Münsterlandes und den notwendigen Konsequenzen für die Wasserwirtschaft. Kreisverbandssprecherin Katja Behrendt: „Wir haben über Lösungsansätze diskutiert, wie wir nicht mehr Grundwasser nutzen als neugebildet wird, wie wir unsere Flüsse besser schützen und zu einer wassersensiblen Stadtplanung beitragen können. Wir müssen weg von der Idee, Wasser überall möglichst schnell abzuleiten. Wir brauchen Schwammstädte mit dezentralen Entwässerungsmöglichkeiten und Landschaften mit Schwammfunktion - mit mehr regulierbaren Stauen in Entwässerungsgräben, um im Winter mehr Wasser in Wäldern und Wiesen zu halten, ohne die

Bewirtschaftung im Sommer unmöglich zu machen. Als Grüne würden wir es unterstützen, wenn ein entsprechendes Pilotprojekt auch bei uns im Kreis Warendorf angeschoben werden würde.“ Es gehe nicht allein darum, sparsam mit Wasser umzugehen, sondern sorgsam damit zu sein.

Prominentester Teilnehmer der Konferenz war der Landesminister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr, Oliver Krischer. Er wies in seinem Redebeitrag darauf hin, dass lange niemand mit den neuen Problemen in der Wasserwirtschaft gerechnet hat. „Diese Fragen gab es bisher nicht, und wir arbeiten derzeit daran, die Datengrundlagen und die rechtlichen Voraussetzungen für notwendige Änderungen in der Wasserwirtschaft zu schaffen. Der Klimawandel stellt gerade die Wasserwirtschaft vor große Herausforderungen. Denen stellen wir uns. Die gerade veröffentlichte

Nationale Wasserstrategie des Bundes ist ein wichtiger Schritt, den wir nun für NRW weiter konkretisieren müssen. Wir stellen die einseitig ausgerichtete Entwässerungslandschaft in Frage und entwickeln sie weiter hin zu einer ökologischen und nachhaltigen Bewirtschaftung einer Schwamm-Stadt und Schwamm-Landschaft. Damit können wir unserer Verpflichtung zur Daseinsvorsorge weiter nachkommen und klimabedingten Wasserkrise wie Starkregen und langanhaltender Trockenheit besser begegnen.“

Die nationale Wasserstrategie und der Aktionsplan natürlicher Klimaschutz waren die zentralen Themen von Jan-Niclas Gesenhues aus Steinfurt, umweltpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion. „Geschätzte 50 Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid, rund sieben Prozent aller Emissionen in Deutschland, entweichen jährlich aus trockengelegten Mooren, und

wir werden unsere Klimaziele verfehlen, wenn wir nicht stark in den natürlichen Klimaschutz gehen. Wir müssen dem Naturschutzgesetz ein Renaturierungsgesetz an die Seite stellen.“ Im Kreis Warendorf rückt diesbezüglich das Füchtorfer Moor in den Fokus. „Über den Aktionsplan werden in den kommenden vier Jahren vom Bund vier Milliarden Euro beispielsweise für die Wiedervernässung von Mooren bereitgestellt. Ich würde es befürworten, wenn unser Moor davon profitiert und der Erhaltungszustand dieses seltenen Lebensraumes in Füchtorf auch im Sinne der biologischen Vielfalt verbessert wird“, meinte Behrendt. Einen tiefen Einblick in den aktuellen Forschungsstand gab Dr. Christian Hildmann vom Forschungsinstitut für Bergbaufolgelandschaften. „Die Abläufe in der atmosphärischen Wasserzirkulation sind noch nicht vollständig erforscht. Was wir aber wissen ist, dass

es auch dort Kippunkte gibt. Wasserreiche - humide - Landschaften ziehen weiteres Wasser durch Regen an. Wenn das Land aber dauerhaft austrocknet, kehrt sich der Kreislauf um und das Wasser wird vom Land zu den Meeren transportiert, wo es dann abregnet. Dann haben wir wirklich ein Problem.“

In der folgenden Arbeitsphase, in denen Fachleute wie Moritz Hillebrand vom Wasser- und Bodenverband im Kreis Warendorf und Michael Elmer vom Landesbetrieb Wald und Holz NRW anhand von Praxisbeispielen mögliche Handlungsoptionen aufzeigten, wurden in Workshops konkrete Schritte für die Politik im Münsterland diskutiert. Zielgruppe der Konferenz waren die befassten Politikerinnen und Politiker aus den Kreistagen und Räten des Münsterlandes, sowie weitere fachlich interessierte Akteure.

g.k./ k.b

Rolle rückwärts

Verkehrswende im ländlichen Raum à la Landrat

„Dat Pöggsken“ gratuliert unserem Landrat, Herrn Dr. Olaf Gericke, zur Wahl als neuem Präsidenten des Landkreistages Nordrhein-Westfalen. Er vertritt in diesem zusätzlichen Amt die Interessen des ländlichen Raumes gegenüber der Landesregierung, ähnlich, wie es Münsters Oberbürgermeister, Dr. Markus Lewe, als Präsident des Deutschen Städtetages gegenüber der Bundesregierung tut.

Nun weiß der/die aufmerksame „Pöggsken“-Leser*in, dass wir seit dem Frühjahr 2022 in NRW eine schwarz-GRÜNE Landesregierung haben. Da

sollte man meinen, dass örtliche CDU-Granden in etwa die Politik dieser Landesregierung stützen, wenn es um so elementare Grundsätze wie den lokalen Beitrag zum Klimaschutz und neu gedachte und umzusetzende Verkehrspolitik geht. Denkste. Dr. Olaf Gericke bekennt sich in einem Interview mit der „Rheinischen Post“ am 31. März eindeutig zum Auto als unverzichtbarem Verkehrsmittel im ländlichen Raum, beklagt sich über lange Genehmigungsverfahren bei der Errichtung von Windkraftanlagen wegen notwendiger Gutachten zu Na-

tur- und Artenschutz, wegen hinderlicher rechtlicher Einwendungen durch Bürger*innen. Er kanzelt Oliver Krischer, den Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, als Bremse für den Infrastrukturausbau ab.

Gleichzeitig tut er so, als habe die CDU im Kreis Warendorf sich schon immer für eine Reaktivierung der Westfälischen Landeseisenbahn auf der Strecke Münster - Sendenhorst; später vielleicht bis Neubeckum - Warstein eingesetzt. Er vergisst zu sagen, dass im Haushalt des Kreises Warendorf vor etwa 25

Jahren Haushaltsmittel gestrichen wurden, die für die Betriebskosten der Reaktivierung der WLE vorgesehen waren. Jetzt macht Olaf Gericke den Wissing auf Kreisebene, will am liebsten den vierspurigen Ausbau der B 64 bis Bielefeld, gegen den sich längst die Anwohner*innen-Gemeinden ausgesprochen haben. Was soll das? Vor etwa zwei Jahren hat er sich in einer Pressemitteilung gegen die politischen Absichten der Mehrheit des Rates der Stadt Münster ausgesprochen, die Parkhäuser der Innenstadt durch Einwohner*innen statt Einkäu-

fer*innen aus dem Umland nutzen zu lassen. Eine sinnvolle Unterstützung des Präsidenten des Deutschen Städtetages? Wer weiß.

Verkehrswende und Klimaschutz gehen anders. Förderung des zügigen Ausbaus der Bahnübergänge für die Regionalbahn 67 entlang der Bundesstraße 64; Beratung der Gemeinden und deren Bürger*innen für den Ausbau von Windkraftanlagen...

b.d.



„Denk an den Anderen“

Benefizkonzert zugunsten der Erdbebenopfer in Syrien



Diese Zeile aus einem Gedicht von Mahmoud Darwish ist das Motto für ein Konzert mit dem syrischen Pianisten Aeham Ahmad und dem Percussionisten Ahmed Rashid. Aeham Ahmad stammt aus Yarmouk und ist bekannt als der „Pianist, der aus den Trümmern kam“, er trat bereits zweimal in Telgte auf. Das verheerende Erdbeben in der Türkei und in Syrien hat zu katastrophalen Zuständen in den betroffenen Regionen geführt. Im vom Bürgerkrieg gezeichneten Syrien kam und kommt die Hilfe

nur sehr schleppend an. Das Konzert zugunsten der Menschen in Syrien wurde von „zib-zusammen ist besser“ e.V. und der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. organisiert. Mahmoud Faour aus Everswinkel bietet im Rahmen des Konzerts Produkte aus Syrien zum Verkauf an.

Das Konzert findet am Freitag, den 12.5. um 19.30 Uhr in Telgte im Bürgerhaus statt. Der Eintritt ist frei, um Spenden wird gebeten.

u. m.

Hochwasserrisiko neu berechnen?

Bereits im vergangenen Jahr haben Vertreter*innen der Bezirksregierung auf Antrag der Grünen Fraktion im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verkehr über das Hochwasserrisiko für die Telgter Innenstadt berichtet. Hintergrund der Anfrage war die Ahrtal-Katastrophe im Sommer 2021, die unter anderem gezeigt hatte, dass es durch die Klimaveränderungen zu Wetterlagen – sogenannten Omegalagen – kommen kann, die Tiefdruckgebiete über längere Zeiträume an einer Stelle halten und so zu Starkregeneignissen führen, die bisher niemand auf dem Zettel hatte. Die Grünen wollten nun wissen, ob eine Neuberechnung des

Szenarios „HQextrem“ notwendig wird, das ein 200-jähriges Hochwasserrisiko beschreibt. Welche Annahmen liegen diesem Szenario zugrunde und was passiert in Telgte, wenn in dem östlich gelegenen Einzugsgebiet der Ems flächendeckend 150 mm Niederschlag über einen kurzen Zeitraum fallen, wie 2021 im Einzugsgebiet der Ahr geschehen?

Die Gefahr, dass die Ems zu einem reißenden Strom wird, besteht aufgrund des flachen Geländes nicht, da sie sich immer ausbreiten kann. Die Bereiche der Stadt aber, die durch solch ein Ereignis betroffen sein könnten, sollten in den wichtigsten Fragen – Strom, Wasser-

rückschlag, Fluchtwege – darauf eingestellt sein.

Die Antworten der Bezirksregierung waren dann aber überschaubar und konnten interpretiert werden als „Wir haben die Frage verstanden und werden daran arbeiten.“

Immerhin! Wir werden zu gegebener Zeit nachfragen.

g.k.



Teile der Altstadt sind bei dem Szenario „HQextrem“ bedroht

KONTAKTADRESSEN

Ortsverband
Tatjana Scharfe
Tel.: 985 51 60

Ratsfraktion
Sabine Grohnert
Tel.: 770 96

Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen – PFAS

Wie sieht es in Telgte aus?

Zwei Wochen wanderten die Meldungen zu PFAS durch die Medien und dann war es auch schon wieder vorbei. Das steht im krassen Widerspruch zu den Meldungen selber. PFAS sind sogenannte „Ewigkeitsgifte“, die also, einmal in den Kreislauf gelangt, nie wieder verschwinden und immer Schaden anrichten. Dazu kommt, dass das Problem seit langem bekannt ist und erst jetzt nach einer Initiative des Umweltministeriums in die öffentliche Wahrnehmung gelangt ist.

PFAS umfassen eine riesige Gruppe Verbindungen, die uns vor Jahrzehnten als Errungenschaft der Weltraumtechnik verkauft und zunächst bei Teflon-Beschichtungen eingesetzt wurde. Aufgrund der wasserabweisenden Eigenschaften und der hohen Stabilität wurden die Verbindungen immer weiter diversifiziert und werden jetzt vor allem in der Textilindustrie und in der Papierindustrie angewendet, aber auch in der Kosmetik und in vielen anderen Bereichen. Gehen Sie immer davon aus, dass ihre Wetter-

jacke mit der trendigen Tazze ihre praktischen Eigenschaften diesen Stoffen verdankt.

PFAS stehen im Verdacht krebserregend zu sein und natürlich wurden dafür Grenzwerte festgelegt. Trinkwasser gilt danach für Erwachsene als ungenießbar, wenn der Grenzwert von 5 µg – millionstel Gramm – pro Liter überschritten sind. Natürlich sind solche Grenzwerte, wie immer, willkürlich und oft auch nach Einhaltung festgelegt und sagen eigentlich nur, dass wir uns auch hier auf dem Holzweg befinden.

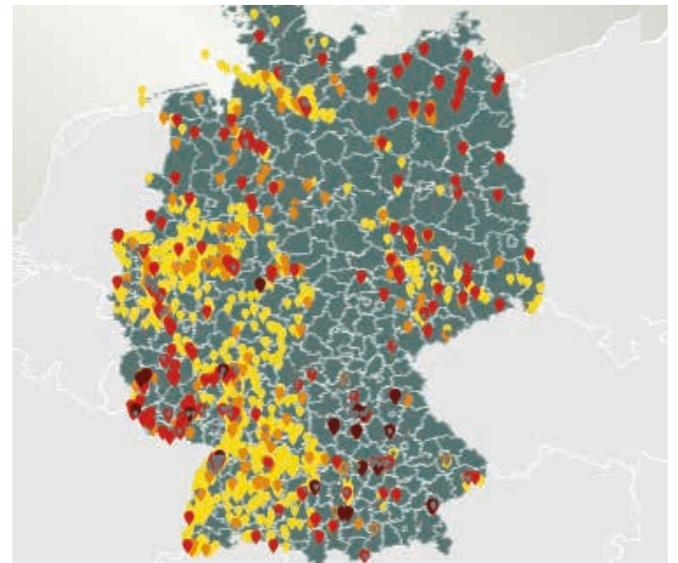
Inzwischen wurden aber extrem viele Messungen durchgeführt und es gibt Plattformen, auf denen die Ergebnisse eingesehen werden können. Was uns natürlich interessiert hat ist, wie es in Telgte aussieht und das können wir Ihnen jetzt sagen. Und hier kommt erst mal die gute Nachricht: In Telgte wurde weder ein Hotspot noch eine Überschreitung der Grenzwerte gefunden!

Allerdings waren in unserer direkten Nähe drei Messungen positiv – also schlecht: In Wa-

rendorf am Wehr werden in der Ems 10 µg/l gemessen, die vermutlich aus der Lutter kommen, einem Bach, der im Kreis Gütersloh in die Ems mündet, in dem 300 µg/l gemessen wurden. Das kommt natürlich auch bei uns an. In Everswinkel wurden in der Angel 20,9 µg/l gemessen und ebenfalls 10 µg/l finden sich auf dem Übungsgelände des THW, das direkt an das Gelände unserer Feuerweherschule grenzt, aber anders als das Feuerwehrgelände auf Münsteraner Gebiet liegt.

Das Kind ist also schon in den Brunnen gefallen und wir müssen jetzt damit leben, solange das klappt. Gleichwohl versucht die Bundesregierung nun, die Stoffgruppe zu verbieten. Die größte Schwierigkeit liegt dabei in der Definition, denn eine kleine Änderung in der Zusammensetzung macht sofort einen anderen Stoff und was nicht verboten ist, ist dann erlaubt.

g. k.



Jeder Punkt zeigt eine Messung über den Grenzwerten

**Röwekamp
& Stumpe**

Tischler-Meisterbetrieb
Handel mit ökologischen Baustoffen

Handwerk
Am Roestruper Bahnhof 36 in Telgte

Handel/Ladengeschäft
Warendorfer Straße 38 in Münster

www.roewekamp-stumpe.de

Jugendbeteiligung ernsthaft umsetzen!

Die Zusagen zur Kinder- und Jugendbeteiligung im aktuellen Koalitionsvertrag der Landesregierung ernsthaft umsetzen – das fordert der Kinder- und Jugendrat NRW. Dazu hat er Forderungen zur konkreten Umsetzung formuliert. Wir geben hier einige zentrale Aspekte wieder:

Um Kinder und Jugendliche an allen sie betreffenden Entscheidungen (!) verbindlich zu beteiligen – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – soll es geeignete demokratische Beteiligungsverfahren in den Kommunen geben. Diese müssten durch eine Änderung der Gemeindeordnung festgeschrieben werden. Im Koalitionsvertrag war festgelegt, Hürden der Beteiligung abzubauen und eine rechtliche Regelung prüfen zu wollen. Dazu benötigen die Beteiligungsgremien der Kinder

und Jugendlichen Antrags- und Mitbestimmungsrechte. Außerdem sollen sie mit finanziellen Mitteln ausgestattet und durch Fachkräfte in ihrer Arbeit begleitet werden.

Die im Koalitionsvertrag beschlossene Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen und des Mindestalters für sachkundige Bürger*innen auf 16 Jahre möchte der Kinder- und Jugendrat NRW flankieren mit intensiverer und unabhängiger politischer Bildungsarbeit und Informationsmöglichkeiten, auch in Schulen und Ausbildungsstätten. Zudem sollen erwachsene Kommunalpolitiker*innen als Pat*innen und eine jugendgerechte Vermittlung der kommunalpolitischen Abläufe das politische Engagement junger Menschen unterstützen.

Der Kinder- und Jugendrat verlangt, dass im Rahmen des

im Koalitionsvertrag beschlossenen „Aktionsplan Jugendbeteiligung“ dauerhaft Strukturen verändert werden, wodurch z.B. eine bessere Beteiligung an Schulen gefördert, außerschulische Partizipation und mehr Engagement unterstützt wird. Der Kinder- und Jugendrat NRW weist zudem darauf hin, dass die Beteiligungsmöglichkeiten für ALLE Kinder und Jugendlichen verbessert werden müssen. Dazu braucht es zeitliche und finanzielle Freiräume, Treffmöglichkeiten, aber auch Zugänge in leichter und verständlicher Sprache.

Aus Sicht des Kinder- und Jugendrats NRW werden in Schulen und Ausbildungsstätten die Möglichkeiten von politischem Mitwirkungsmöglichkeiten zu wenig thematisiert und Partizipation in diesen Institutionen auch zu wenig gelebt und

gefördert.

Der im Koalitionsvertrag zu prüfende „Jugend-Check“ für die Folgen aller Gesetzgebungsverfahren im Sinne einer Generationengerechtigkeit soll aus Sicht des Kinder- und Jugendrats NRW von einer unabhängigen Institution unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen umgesetzt werden.

Die Forderungen des Kinder- und Jugendrats würden sich bei einer entsprechenden Umsetzung der Koalitionsvereinbarungen nicht nur auf Landesebene auswirken, sondern auch in Telgte mehr Strukturen und Unterstützung für Kinder- und Jugendbeteiligung erfordern. Wünschenswert, gerecht und sinnvoll!

k.m.

IMPRESSUM

Zeitung der Grünen Telgte
Ratsfraktion & Ortsverband
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Anschrift: Peter Spieker
Waldweg 27, 48291 Telgte

Auflage: 8.200 Stück
V.I.S.d.P.: Peter Spieker

Textbeiträge:
Gerd Klünder, Tatjana Scharfe, Peter Spieker, Rebecca White, Christoph Grünewald, Katja Müller, Bernhard Drestomark, Sascha Hinkel, Marian Husmann, Katja Behrendt, Ursula Mindermann

Illustrationen:
Tatjana Scharfe, Greta Scharfe

Satz:
Greta Scharfe

Der Kinder- und Jugendrat NRW vertritt offiziell alle Kinder- und Jugendgremien in Nordrhein-Westfalen. Jedes kommunale Kinder- und Jugendgremium, das vor Ort Kinder- und Jugendpartizipation betreibt, kann Delegierte in den Kinder- und Jugendrat NRW entsenden.